

Der Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des Prozesses der deutschen Einheit¹

1. Die Notwendigkeit politischer Bildung für das Gelingen des deutschen Einigungsprozesses
2. Kurzer Rückblick auf die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung
3. Der Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des deutschen Einigungsprozesses
 - 3.1. Inhaltliche Schwerpunkte
 - 3.1.1. Spielregeln der Demokratie erläutern
 - 3.1.2. Geschichtskennntnisse vermitteln
 - 3.1.3. Probleme des Vereinigungsprozesses aufarbeiten
 - 3.2. Zielgruppen
 - 3.2.1. Der interessierte Bürger
 - 3.2.2. Multiplikatoren und Meinungsführer
 - 3.3. Methoden
 - 3.3.1. Begegnungen
 - 3.3.2. Wettbewerbe, Festivals
4. Kooperationen
 - 4.1. Kooperation mit freien Trägern
 - 4.2. Akzeptanz politischer Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern
 - 4.3. Finanzprobleme
5. Perspektiven für die Zukunft

Zusammenfassung

Anhang: Querschnittsdarstellung der Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des Prozesses der deutschen Einheit

1. Die Notwendigkeit politischer Bildung für das Gelingen des deutschen Einigungsprozesses

Unser demokratisches Gemeinwesen ist darauf angewiesen, daß die Bürgerinnen und Bürger verstehen, wie das demokratische System funktioniert. Nur

¹ Stand: 31. Januar 1997

wer die Spielregeln des demokratischen Miteinanders kennt, ist auch bereit, sich mit seinem Staat zu identifizieren und sich in kritischer Solidarität für seine grundlegenden Werte zu engagieren.

Demokratie versteht sich aber nicht von selbst. Bei aller Überlegenheit im Vergleich zu anderen politischen Systemen ist sie doch kompliziert, weist mancherlei Mängel und Schwächen auf. Als Demokrat wird man nicht geboren, zum Demokraten wird man erzogen. Dies gilt nicht erst seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Auch in einer stabilen Demokratie muß jede Generation aufs neue Wertgrundlagen und Spielregeln der Demokratie erlernen. Stabilität und Beständigkeit demokratischen Bewußtseins sind keine Naturtatbestände, sie setzen einen stetigen Erwerb von Kompetenz, Gemeinsinn und politischen Tugenden voraus.

Hier setzt die politische Bildung an. Indem sie Kenntnisse und Fähigkeiten zur aktiven Teilhabe am politischen Prozeß vermittelt, Kritikfähigkeit fördert und Selbstbewußtsein weckt, stärkt sie das demokratische Bewußtsein und trägt zur Entwicklung einer politischen Kultur bei, in der der einzelne Freiheit und Selbstbestimmung in Verantwortung für sich und die Gemeinschaft leben kann.

Im Mittelpunkt aller politischen Bildungsarbeit steht seit Anfang der 90er Jahre die Förderung der Einheit und des demokratischen Gedankens im vereinten Deutschland. Dies ist von herausragender Bedeutung, um das Bewußtsein dafür zu stärken, daß wir trotz einer Fülle von Schwierigkeiten und Enttäuschungen ein Volk mit einer gemeinsamen Zukunft in einem friedlichen Europa sind und daß im Rahmen der Grundwerteordnung ein gedeihliches geistiges und gesellschaftliches Miteinander möglich ist.

Die neue freiheitliche Demokratie im Osten Deutschlands hat für die Menschen in den neuen Bundesländern einen Wandlungsprozeß eingeleitet, der die bis dahin gültigen politischen Verhaltensregeln völlig umstülpte: Häufig waren Orientierungslosigkeit und Verhaltensunsicherheit die Folgen. Dazu kommt, daß ein politisches System, das die kritiklose Übernahme einer politischen Doktrin zur Bedingung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben machte, Untertanengeist belohnte und persönliches Verantwortungsbewußtsein minimierte, auch noch nach seinem Zusammenbruch Auswirkungen auf die Mentalität der Menschen in einer sich neu aufbauenden demokratischen Gesellschaft hat. Für viele Menschen in der DDR war das SED-Regime bereits die zweite Diktaturerfahrung nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Diesen tiefgehenden Prägungen steht heute eine politische Kultur gegenüber, in der die Menschen erfahren, welches Maß an individueller Freiheit und Verantwortung die Grundwerteordnung bietet und verlangt. Hier kann politische Bildung vertrauensbildend wirken: indem sie informiert ohne zu manipulieren, aufklärt ohne Probleme zu verschweigen, indem sie Meinungsvielfalt fördert, Kontroversen aushält und so dazu beiträgt, daß ein auf Pluralismus gründendes Gesellschaftsverständnis eingeübt werden kann.

Inhaltlich konzentriert sich politische Bildungsarbeit im öffentlichen Auftrag vor dem Hintergrund der deutschen Einigung insbesondere auf folgende Bildungsziele:

– Historisches Bewußtsein schärfen

Die politische Bildung muß offen und ohne Beschönigung über historische Zusammenhänge informieren; nur dies befähigt zu einem kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Das heißt zunächst, daß Verständnis geschaffen werden muß für die beiden deutschen Nachkriegsgeschichten und ihre Auswirkungen auf die politische und gesellschaftliche Sozialisation in den beiden deutschen Staaten. Dies schließt eine fundierte und kritische Beurteilung der SED-Diktatur ein. Gleichzeitig aber muß deutlich werden, daß die Geschichte der DDR ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte und Teil des gemeinsamen historischen Erbes ist.

– Verfassungskonsens vertiefen

Die Identifikation mit den Werten und Normen unserer Verfassung und unseres Gesellschaftssystems muß ermöglicht werden. Dabei geht es immer auch darum, die Vorzüge eines Grundwertekonsenses und der entsprechenden Verhaltensweisen – Toleranz, Zivilcourage, Solidarität – sowohl für die Gesellschaft wie auch für den einzelnen deutlich zu machen.

– Meinungsvielfalt fördern

Demokratie lebt vom Meinungsstreit, von der fairen und geordneten politischen Auseinandersetzung. Die politische Bildung muß diesen häufig komplexen Meinungsfindungsprozeß verständlich machen und die persönliche Kompromißbereitschaft und -fähigkeit fördern.

– Mündigkeit einüben

Nur mündige Bürgerinnen und Bürger können sich kompetent und verantwortungsvoll politisch und gesellschaftlich engagieren. Politische Bildung trägt dazu bei, Handlungskompetenz zu vermitteln, damit die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit gestärkt wird.

Das Wirken für die deutsche Einheit bildet einen zentralen Pfeiler der bildungspolitischen Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung. Zugleich ist das Thema der deutschen Einheit konstitutiver Teil der allgemeinen Demokratievermittlung und insofern untrennbar mit allen anderen Themen der politischen Bildungsarbeit verbunden.

Der freiheitliche Grundgedanke der politischen Bildung schließt Manipulation und Indoktrination aus – nicht zuletzt darin unterscheidet sich die staatliche politische Bildung der Bundesrepublik Deutschland grundlegend von der Staatsbürgerkunde der DDR. Es wäre deshalb verfehlt, wollte man die politische Bildung dazu (miß)brauchen, bestimmte politische Meinungen durchzusetzen oder „Feuerwehrdienste“ zu leisten bei der kurzfristigen Korrektur un-

liebsamer politischer oder gesellschaftlicher Entwicklungen. Politische Bildung zielt auf lebenslanges Lernen, auf das Einüben demokratischer Verhaltensweisen, und wirkt so schwerpunktmäßig im präventiven Bereich. Sie wirbt für demokratische Einstellungen und Haltungen und trägt dazu bei, das Bewußtsein für zentrale politische Problemlagen und Überlebensfragen zu schärfen. Ihr Ziel ist der mündige Bürger, der bereit und kompetent ist, verantwortungsvoll als Demokrat in Staat und Gesellschaft zu handeln.

2. Kurzer Rückblick auf die deutschlandpolitische Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung

Verfassung, Gesellschaft und Geschichte der SBZ/DDR bildeten seit der Gründung der Bundeszentrale für politische Bildung im Jahre 1952 Schwerpunkte ihrer Arbeit. Ausschließlich der SED-Diktatur und ihrer Entwicklung widmeten sich die Wissenschaftler und politischen Bildner in der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Gesamtdeutsches Institut), von denen ein großer Teil Anfang 1992 in die Bundeszentrale für politische Bildung übernommen wurde. Aufgabe des 1957 gegründeten Ostkollegs (heute Ost-West-Kolleg), der Tagungsstätte der Bundeszentrale für politische Bildung, war es, die wissenschaftliche Aufarbeitung von kommunistischer Ideologie, kommunistischen Systemen und den Ost-West-Konflikt an zentraler Stelle seiner Bildungsarbeit zu verankern. In den 70er und Anfang der 80er Jahre stand dabei das politische und gesellschaftliche System der DDR sowie der Systemvergleich zwischen Bundesrepublik und DDR im Vordergrund der politischen Bildungsarbeit, in den 60er und dann wieder seit den späten 80er Jahren lag das zentrale Gewicht auf der Geschichte der DDR.

So war es für die Bundeszentrale selbstverständlich, schon wenige Wochen nach dem Mauerfall erste Bildungsmaßnahmen für die Menschen in der DDR anzubieten. Dies betraf zunächst die Behebung von schwerwiegenden Informationsdefiziten. Vor allem an den Schulen war die Ausstattung völlig unzureichend. Es fehlten elementare Unterrichtsmaterialien wie Schulbücher, Arbeitshilfen, Folien, Kartenwerke. In einem ersten Schritt wurden so die „Informationen zur politischen Bildung“, die innerhalb kürzester Zeit jeweils hunderttausendfach nachgedruckt wurden, die „Politische Zeitung“ (PZ), Übersichtsdarstellungen aus der Schriftenreihe und Nachschlagewerke sowohl fachspezifischer als auch allgemeiner Art allen Schulbibliotheken zugänglich gemacht. Darüber hinaus wurden mehr als 450 Stadt- und Kreisbibliotheken, Landes- und Kommunalparlamente sowie politische Organisationen und Verwaltungen mit Materialien versorgt. 20.000 Freiabonnements der Wochenzeitung „Das Parlament“ mit ihrer Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ wurden Schulen, Fachhochschulen und Universitäten zur Verfügung gestellt.

Die Materialien enthielten in großem Umfang institutionenkundliche Informationen über die Funktionsweisen von Demokratie, Rechtsstaat und sozialer

Marktwirtschaft. Zudem verdeutlichten sie historische Zusammenhänge, insbesondere im Hinblick auf die Geschichte der DDR. Viele Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern konnten sich zum ersten Mal ohne ideologische Vorgaben und Verfälschungen ein Bild ihrer eigenen Geschichte machen. Die neuen Deutschlandkarten der Bundeszentrale veranschaulichten die geopolitischen Veränderungen, beispielsweise im Hinblick auf die neuen Grenzziehungen der Bundesländer; nicht nur im Osten, auch im Westen Deutschlands wurden diese Karten von Anfang an lebhaft nachgefragt. Es war festzustellen, daß die angebotenen Materialien auf große Resonanz stießen, sowohl bei Institutionen als auch bei Privatpersonen. Innerhalb von kurzer Zeit konnte das Angebot der zur Verfügung stehenden Materialien im Hinblick auf Interessen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Ländern modifiziert werden.

Früh wurden ein Verteiler für die Bildungsangebote der Bundeszentrale in der ehemaligen DDR aufgebaut und erste Kontakte zu Multiplikatoren und Meinungsführern geknüpft. Über Rathäuser und Reichsbahn wurde auf die Angebote der Bundeszentrale aufmerksam gemacht; über die in die neuen Länder entsandten Informationsbusse der Bundesregierung wurden Materialien in hunderttausendfacher Auflage verteilt. Insbesondere wurden hier Informationsmaterialien angeboten, die Hilfestellungen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen der unmittelbaren Umbruchszeit boten. Diese Serviceleistung der Bundeszentrale stieß auf sehr große Resonanz. Auf der Leipziger Buchmesse war die Bundeszentrale seit 1991 mit einem eigenen Stand vertreten; die Wochenzeitung „Das Parlament“ verband dies mit einer ausführlichen Reportage über die sächsische Messestadt.

Anfang 1990 initiierte die Bundeszentrale ein „Soforthilfeprogramm“ für DDR-Lokalredaktionen. Dabei wurden mehr als 500 Redaktionen und Journalisten mit Büchern, Pressediensten und Konzepten für einen modernen Lokaljournalismus ausgestattet. Diese Materialien wurden im Rahmen des Lokaljournalisten-Programms der Bundeszentrale entwickelt. Grundlagen dafür bildeten sogenannte „Dialog-Seminare“, wo der Bedarf der Journalisten in den neuen Ländern ausgelotet wurde. Mit Hilfe verlässlicher Ansprechpartner konnte ein größerer Verteiler ausgebaut werden. Parallel dazu entwickelte die Bundeszentrale gemeinsam mit der „Initiative Tageszeitung“ eine Weiterbildung für Redakteure an Tageszeitungen aus den neuen Bundesländern. Nach Abschluß dieser Seminare erhielt eine Ost-Journalistin den Auftrag, den Weiterbildungsbedarf bei den Tageszeitungsjournalisten zu recherchieren. Das Journalisten-Programm der Bundeszentrale verfügte somit über exklusives Material, das bei der weiteren Planung für die Weiterbildung von Journalisten in den neuen Bundesländern von besonderer Bedeutung war.

Im Frühjahr 1990 vergab die Bundeszentrale drei Rechercheaufträge zur Ermittlung des Meinungsklimas und der gegenwärtigen und zukünftig zu erwartenden Strukturen politischer Bildungsarbeit in der DDR. Diese Bestandsaufnahme, die später auch vom Bundesministerium des Innern ausgewertet wurde,

bildete eine wichtige Voraussetzung beim systematischen Aufbau von Kontakten, die sich anfänglich allerdings als nicht unproblematisch erwiesen: Nicht wenige derjenigen, die sich als Partner zur Zusammenarbeit in der ehemaligen DDR anboten, waren politisch belastet und schieden somit für eine Kooperation aus. Alles in allem erwies sich hier die gute Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und freien Trägern der politischen Bildung sowie mit dem Gesamtdeutschen Institut als sehr hilfreich, da Informationen eingeholt und ausgetauscht werden konnten.

Die erste offizielle „Kontaktbörse“ freier und staatlicher politischer Bildner aus alten und neuen Bundesländern war der von der Bundeszentrale durchgeführte Erste Bildungspolitische Kongreß in Schwerin im Dezember 1990. Wichtige Impulse für die damals erst beginnende politische Bildung in den neuen Ländern gingen von dieser Veranstaltung aus. Der rege Ost-West-Erfahrungsaustausch und die geknüpften persönlichen Kontakte haben sich für viele freie Träger wie auch für die entstehenden Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Ländern als ausgesprochen förderlich erwiesen.

Die ersten Tagungen und Seminare der Bundeszentrale für Bürgerinnen und Bürger aus der DDR fanden im damaligen Zonenrandgebiet statt. Dabei standen Fragen der deutschen Einigung im Zentrum der Diskussionen. Den zahlreich ausgesprochenen Einladungen folgten hunderte von Interessierten, insbesondere aus einstigen Oppositionellenkreisen. Anfang 1990 konnten diese Maßnahmen dank einer beträchtlichen Aufstockung der Haushaltsmittel erweitert und systematisiert werden.

Parallel zu dieser Ausweitung auf neue Regionen und Teilnehmerkreise wurde im Zuge der deutsch-deutschen Entwicklungen eine inhaltliche Akzentverschiebung der traditionellen Seminararbeit in den alten Bundesländern erforderlich. Von Beginn an mußte deutlich gemacht werden, daß sich politische Bildungsarbeit für die deutsche Einheit keinesfalls als Einbahnstraße von West nach Ost verstehen darf. Gerade in den Seminaren mit vornehmlich westdeutschen Teilnehmern mußte die Sensibilität dafür geschärft werden, daß politische Bildung nicht die Vermittlung für sicher gehaltener „Wahrheiten“ zum Ziel hat, sondern zu einem rationalen demokratischen Umgang miteinander befähigen will, in dem für vorschnelle Urteile und Arroganz kein Platz ist.

Reges Interesse an den Tagungen und Seminaren der Bundeszentrale zeigten von Anfang an auch viele Lehrerinnen und Lehrer aus den neuen Bundesländern. Neben den die inhaltliche Arbeit bestimmenden aktuellen Entwicklungen stand für die Teilnehmer die Einübung neuer Unterrichtsformen und die Schulung der eigenen Diskussionsfähigkeit im Mittelpunkt des Interesses. Institutionell leistete die Bundeszentrale Unterstützung beim Aufbau neuer demokratischer Strukturen der Lehrerverbände. Dies sollte sich für die spätere gute Zusammenarbeit mit den Verbänden auf regionaler und Landesebene als fruchtbar erweisen. Schon früh wurden daneben Tagungen mit Vertretern der Kultusministerien und Lehrerfortbildungsinstitute in den neuen Ländern ver-

anstaltet. Zentrales Anliegen waren hier Fragen der Qualifizierung von Geschichts- und Geographielehrern.

Früh war ein immenses Interesse an Filmen festzustellen. Zweifelsohne sind Filme und Videos besonders geeignet, komplizierte Sachverhalte verständlich darzustellen, ohne dabei auf menschliche Zwischentöne verzichten zu müssen. Die Bundeszentrale berücksichtigte dieses Interesse beim Aufbau der Landesfilmdienste und Bildstellen durch eine flächendeckende Erstausrüstung der Filmdienste mit Soft- und Hardware. Dieser Grundstock wurde kontinuierlich ausgebaut und durch die Bereitstellung aktueller AV-Medien ergänzt. Auch wurde schon früh begonnen, die Geschichte der SED-Herrschaft und ihrer Verwerfungen filmisch zu verarbeiten. Anregungen zu Produktionen kamen dabei auch aus Kreisen ehemaliger DDR- Filmemacher.

Die unmittelbar nach der Wende in der DDR eingeleiteten „Sofortmaßnahmen“ der Bundeszentrale für politische Bildung konnten natürlich nur notdürftig die ersten Nachfragen abdecken. Langfristiges Ziel mußte es sein, aufbauend auf den Erfahrungen der ersten Zeit systematisch neue und tragbare Konzepte für die Bildungsarbeit zu entwickeln.

Große Unterstützung erhielt die Bundeszentrale dabei durch die in die Bundeszentrale integrierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ende 1991 aufgelösten Gesamtdeutschen Instituts (GDI). Die langjährige kontinuierliche Beschäftigung der neuen Kolleginnen und Kollegen mit deutschlandpolitischen Fragestellungen war von großem Nutzen für die Bundeszentrale; bis heute haben sich viele der noch vom GDI hergestellten und gepflegten Kontakte zu Wissenschaftlern und Publizisten bewährt. Auch konnten die Erfahrungen des GDI in der Dozentenaus- und -weiterbildung gewinnbringend für die Arbeit der Bundeszentrale genutzt werden.

Mit der Auflösung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und des GDI übernahm die Bundeszentrale auch die Finanzierung des „Deutschland Archiv“, einer Zeitschrift, in der über Jahrzehnte hinweg die Ergebnisse der bundesdeutschen DDR-Forschung vorgestellt wurden. Die wesentliche Aufgabe der Zeitschrift ist es, den Vereinigungsprozeß und alle damit zusammenhängenden Aspekte wissenschaftlich zu begleiten.

Mit der Einrichtung einer Außenstelle der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin, die sich insbesondere der Ausbildung und Beratung von Lehrern und Erwachsenenbildnern in den neuen Bundesländern widmet, wurde Anfang 1992 schließlich auch eine enge räumliche Verbindung mit den neuen Bundesländern hergestellt.

3. Der Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des Deutschen Einigungsprozesses

Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Bildung seit dem Ende des SED-Regimes ist es, den deutschen Einigungsprozeß in einer Weise zu begleiten und zu fördern, die die geistigen, gesellschaftlichen und psychologischen Folgen der Teilung zu überwinden hilft und zur Entwicklung einer gemeinsamen Identität aller Deutschen in einer freiheitlichen Verfassungs- und Rechtsordnung beiträgt.

Zwar ist auch die alte Bundesrepublik nach der Wende nicht die gleiche geblieben, die größten Umstellungsanstrengungen aber wurden den Bürgerinnen und Bürgern der ehemaligen DDR abverlangt. Mit gewachsener Freiheit haben sich auch die Anforderungen an eigenverantwortliches Handeln, Engagement und Mündigkeit erhöht. Viel Vertrautes ist verlorengegangen, Orientierungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Verdruß über die neuen und ungewohnten Verhältnisse, ja manchmal sogar Gewalt sind hinlänglich bekannte Folgen.

Es war von Beginn an von großer Bedeutung, die Menschen in den neuen Bundesländern über die jetzt auch für sie geltenden Strukturen des freiheitlichen demokratischen Staates, über die Spielregeln einer pluralistischen Gesellschaft und die Funktionsweisen der sozialen Marktwirtschaft zu informieren. Aber auch die Menschen in den alten Ländern müssen erfahren, wie sich das Leben im anderen Teil Deutschlands gestaltete, um die Geschichte der DDR als Teil ihrer eigenen Geschichte begreifen zu lernen. Nur so können fortbestehende Wissensdefizite über das Leben der Mitbürger im Osten des vereinten Deutschlands abgebaut werden. (Ein Querschnitt der bildungspolitischen Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung findet sich im Anhang).

3.1. Inhaltliche Schwerpunkte

3.1.1. Spielregeln der Demokratie erläutern

Institutionenkundliche Informationen sind für eine funktionierende Demokratie unerlässlich und gehören folglich zum klassischen Thementableau der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie unterstützen die Entwicklung einer politischen Kultur, in der mündige Bürger in einem fairen und gleichberechtigten Miteinander an der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens aktiv teilnehmen. Die Bundeszentrale stellt diese Informationen kontinuierlich und in großen Auflagenhöhen zur Verfügung. Aus der Vielzahl der Publikationen mit institutionenkundlichen Themen sind in erster Linie die „Informationen zur politischen Bildung“ zu nennen. Für den Schulunterricht, aber auch für die eigene Weiterbildung gedacht, stellen die einschlägigen Themenhefte fundiert und überblicksartig die Grundzüge des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland dar.

Ausführliche Überblicksdarstellungen finden sich in der „Schriftenreihe“, daneben werden hier vertiefend Einzelaspekte des politischen Systems behandelt. An die Bürger mit einem allgemeinen politischen Interesse wendet sich die „Politische Zeitung“ (PZ), die in populärer Weise Themen der politischen Bildung aufgreift. Neuerscheinungen auf dem politischen Buchmarkt werden in der „Annotierten Bibliographie“ sowie in den Rezensionen der Wochenzeitung „Das Parlament“ ausführlich und regelmäßig vorgestellt. Die Nachfrage aus den neuen Bundesländern nach diesen Materialien ist erfreulicherweise recht hoch; viele werden als Grundlagenlektüre für Seminare und Tagungen empfohlen und angefordert. Auch die Wandzeitungen „Parlamentarismus“, „Der Weg eines Gesetzes“ oder „Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ sind speziell in den fünf neuen Ländern verteilt worden und dort auf große Resonanz gestoßen.

In der Wochenzeitung „Das Parlament“ kann man wöchentlich nachlesen, wie Meinungsvielfalt und Pluralismus in der Demokratie praktiziert werden. „Das Parlament“ dokumentiert Debatten in Bundestag und Bundesrat, berichtet über die Arbeit in den Landtagen und den europäischen Institutionen, orientiert über Fragen der deutschen und internationalen Politik und informiert über die für das Funktionieren der Demokratie so wichtigen gesellschaftlichen Aktivitäten.

Das Ziel der „Zeitungsmacher“ in der Bundeszentrale für politische Bildung war es von Anfang an, durch sachbezogene Informationsvermittlung von West nach Ost und vice versa zum Abbau innerdeutscher Entfremdung beizutragen. Als einziges bundesdeutsches Publikationsorgan berichtete „Das Parlament“ 1990 regelmäßig aus der freigewählten Volkskammer. Die Redaktion konnte schon bald nach der Wende einen in den neuen Bundesländern ansässigen und mehrheitlich von dort stammenden Korrespondentenstamm gewinnen. Damit ist gewährleistet, daß neben der kontinuierlichen Berichterstattung aus den Landtagen der neuen Länder auch eine originär ostdeutsche journalistische Sicht im „Parlament“ ein Forum findet.

Inhaltlich genießt das Thema deutsche Einigung nach wie vor Priorität. Die neuen Bundesländer wurden schon bald nach der Vereinigung in fünf Themenausgaben vorgestellt; in regelmäßigen Abständen wird über spezifisch ostdeutsche Lebensläufe berichtet. Tagungen und herausragende Veranstaltungen in den neuen Bundesländern werden ebenso gewürdigt wie die Tätigkeit der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages „Die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode) sowie „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode). Wo immer es möglich und sinnvoll ist, werden ostdeutsche Autoren und Autorinnen für die Mitarbeit gewonnen. Der regelmäßige Blick der Wochenzeitung über die deutschen Grenzen hinweg auf Transformationsprozesse in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks trägt ebenfalls zur Orientierung der neuen wie der alten Bundesbürger bei der Überwindung der Probleme des Vereinigungsprozesses bei.

Institutionenkundliche Themen, häufig in Verbindung mit Praxisfragen, stehen auch im Zentrum einer Fülle von Seminaren der Bundeszentrale für Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern. Das Einüben eines demokratischen Diskussionsverhaltens, die Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen, die Suche nach einem tragfähigen Konsens sind ebenso Lernziele politischer Bildungsarbeit, wie der Abbau von Vorurteilen und Voreingenommenheiten. Häufig können in diesen Seminaren über die Erinnerung an frühe demokratische Einübungen am Ende der DDR – Runde Tische, Bürgerbewegungen – Fremdheiten mit dem neuen System relativiert werden.

3.1.2. Geschichtskennntnisse vermitteln

In der DDR wurde Geschichtsforschung von der SED reglementiert: Geschichts„wissenschaft“ hatte Herrschaftssystem und Gesellschaftspolitik zu legitimieren und zur Stiftung einer „DDR-Identität“ beizutragen. Sie verengte sich dabei auf einen weitgehend ideologisch fixierten und begrenzten Geschichtsraum. Historiker, die sich kritisch mit der eigenen Geschichte auseinandersetzten, waren unerwünscht und im akademischen Betrieb chancenlos. Umgekehrt war die Auseinandersetzung mit der Geschichte in der alten Bundesrepublik Deutschland oft westorientiert; eher nachrangig befaßte man sich zeitweise mit den Entwicklungen in der SBZ/DDR sowie in Ostmitteleuropa.

Für die Bundeszentrale ist es daher ein Anliegen von höchster Bedeutung, den entstandenen Wissensdefiziten durch eine Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Teilung und der Herrschaftspraxis im SED-Regime zu begegnen und mit vorhandenen sowie neuen Materialien Kenntnislücken zu schließen. Nur wenn die Geschichte der beiden deutschen Teilstaaten erforscht wird, wenn Ursachen und Folgen auch der zweiten Diktatur auf deutschem Boden in diesem Jahrhundert benannt, Verantwortlichkeiten offengelegt und die Opfer rehabilitiert werden, kann Verdrängung und Legendenbildung wirkungsvoll begegnet werden. Und nur dort, wo Verständnis für die Menschen geschaffen wird, die unter einer Diktatur gelebt haben, kann sich eine gemeinsame demokratische, soziale und kulturelle Identität entwickeln. Nicht zuletzt aber kann der historisch geschärfte Blick dazu beitragen, die Überlegenheit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vor Augen zu führen und somit einen neuen „antitotalitären Konsens“ zu stiften.

Eine Vielzahl historisch orientierter Seminare und Veranstaltungen zeugt von der Bedeutung, die die Bundeszentrale dieser Aufgabe beimißt. Themenschwerpunkte der kontinuierlichen Seminararbeit sind seit 1990 u. a.: Erwartungen und neue Aufgaben im vereinigten Deutschland; Tendenzen der Romantisierung des SED-Regimes; Die Situation der Opfer des SED-Regimes. Eine immer wiederkehrende Frage dieser Seminare zielt auf die Vergleichbarkeit totalitärer Systeme, wobei Nationalsozialismus und Kommunismus in den Blick genommen werden. Bislang abgehaltene Seminarveranstaltungen in diesem Kontext behandelten Themen wie: „Nationalsozialismus und SED-Dik-

tatur. Vergleichen ohne gleichzusetzen“; „Deutsche Geschichte auf dem Prüfstand. Diktaturerfahrungen und streitbare Demokratie“; „Der Widerstand im Nationalsozialismus in der deutschen Geschichtsschreibung. Vergleich der Historiographie in den beiden deutschen Staaten“.

Bei Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Vertreter der freien Träger der politischen Bildung vor Ort eingebunden. Das Interesse an den Seminaren ist ungebrochen groß und bedauerlicherweise nur unzureichend zu befriedigen.

Aufklärung zu leisten über die Geschichte des SED-Regimes und der deutschen Zweistaatlichkeit ist auch eines der vorrangigen Ziele der intensiven Publikationstätigkeit der Bundeszentrale. Seit dem Fall der Mauer hat die Bundeszentrale 27 Publikationen zum Thema deutsche Einheit bei Verlagen angekauft, darunter das Leipziger „Demontagebuch“, den „Salzgitter Report“ oder das vom Bürgerkomitee Leipzig herausgegebene Buch „STASI intern“. 12 Titel kamen aus ostdeutschen Verlagen, womit nicht zuletzt dem Ziel Rechnung getragen wurde, die wirtschaftlich darniederliegenden Verlage in den neuen Bundesländern zu unterstützen.

Bilanzen der deutschen Zweistaatlichkeit und Analysen des Vereinigungsprozeß auf breiter Quellengrundlage sind auf dem Buchmarkt bislang Mangelware geblieben. Die Bundeszentrale schloß diese Lücken u. a. mit dem von ihr bereits 1989 herausgebrachten „Deutschland-Handbuch: Eine doppelte Bilanz 1949-1989“. 1991 folgte das „Handwörterbuch zur deutschen Einheit“, das 1996 als „Handbuch zur deutschen Einheit“ völlig überarbeitet als Neuausgabe veröffentlicht wurde. Der Sammelband über „Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft“ (1992) sowie die „Deutschland-Chronik 1945-1995“ (1996) vervollständigten das Angebot. Bei diesen Veröffentlichungen wurden Autoren aus den neuen und den alten Bundesländern einbezogen. Dadurch wird eine einseitige (West)Sichtweise vermieden, was der Glaubwürdigkeit der Publikationen zugute kommt. Der Sammelband „Frauen in Deutschland 1945-1992“ wurde je zur Hälfte von West- und Ost-Autorinnen geschrieben und bietet Diskussionsgrundlagen auf einem Gebiet, in dem es ansonsten an Überblicksdarstellungen mangelt. Das große Interesse an den Veröffentlichungen sowohl im Osten wie im Westen der Republik wie auch die positive Aufnahme durch die Fachwelt bestätigt dieses Konzept.

Für die Praxis der schulischen und außerschulischen Bildung sind die von der Bundeszentrale herausgegebenen Arbeitshilfen über einen „Schulkonflikt in der DDR“ bestimmt, die die Konflikte an einer Schule in Berlin-Pankow im September 1988 zeithistorisch und politikdidaktisch aufbereiten. Die in diesen Konflikt verwickelten Schülerinnen und Schüler, die seinerzeit wegen kritischer Äußerungen u. a. über Militärparaden relegiert wurden, kommen in diesen Arbeitshilfen ausführlich zu Wort.

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse zur Geschichte der DDR und der deutschen Einheit werden regelmäßig in der Beilage zur Wochenzeitung „Das

Parlament“, der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ veröffentlicht. Mit einer auch international unvergleichlich hohen Auflage von über 100.000 Exemplaren findet diese wissenschaftlich renommierte Zeitschrift eine besonders große Leserschaft. Ein Blick in die Jahresregister zeigt den Stellenwert, der diesen Themen seit der Wende des Herbstes 1989 beigemessen wird. Inhaltlich wurde ein Konzept verfolgt, das einerseits die intensive Auseinandersetzung mit Schwerpunktthemen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte, Wissenschaft und Kultur ermöglichte, andererseits immer Autorinnen und Autoren aus den neuen Ländern einbezog. So konnten bereits im April 1990 kritische DDR-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Erkenntnisse in der Jugend- und Frauenforschung sowie zur Entwicklung der Reform- und Oppositionsbewegung vorstellen. Die Themenvielfalt blieb in den folgenden Jahren ein Kennzeichen der Beilage. Das Spektrum spannte sich von den neuesten Forschungsergebnissen zum 17. Juni 1953 über die Arbeiterproteste 1956 und die Darstellung der Rolle des MfS bei den Wahlfälschungen anlässlich der ersten freien Wahlen in der DDR bis zur Würdigung von Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR. Das SED-Unrecht wurde unter den verschiedensten Aspekten behandelt; Zeitzeugenbefragungen spielten hier ebenso eine Rolle wie neue Aktenfunde in zuvor unzugänglichen Archiven. Die Situation der Wissenschaften, wirtschafts- und sozialpolitische sowie kulturelle Entwicklungen im Kontext des Vereinigungsprozesses waren weitere kontinuierlich behandelte Themengebiete.

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ fanden auch internationale Beachtung. Abhandlungen zur Standortfrage wurden ins Polnische und Russische übersetzt – ein Indiz für die hohe wissenschaftliche Akzeptanz der Beiträge. Geschätzt wird von Autoren wie Lesern die durch kurze Produktionszeiten eröffnete Möglichkeit, aktuelle Forschungsergebnisse vorstellen zu können. Nicht zuletzt hat sich die Beilage als ein Forum etabliert, das wissenschaftliche und politische Kontroversen dokumentiert und so den Meinungsbildungsprozeß des Lesers befördert.

Die Beschäftigung mit der jüngeren und jüngsten deutschen Geschichte findet aber nicht nur auf hohem wissenschaftlichen Niveau statt, vielmehr leisten alle Publikationen der Bundeszentrale zielgruppenspezifisch ihren Beitrag zur historischen Aufklärung. Die „Informationen zur politischen Bildung“, die eine Millionenaufgabe erfahren, werden vor allem zur Lehrerfortbildung, im Schulunterricht und an den Universitäten, aber auch von politisch interessierten Bürgern sehr intensiv genutzt, da sie auf knappem Raum verständlich und problemorientiert über umfassende Themen informieren. Die Hefte zur deutschen Nachkriegsgeschichte, sowohl über die Bundesrepublik Deutschland wie über die DDR, mußten aufgrund der ungewöhnlich großen Nachfrage mehrfach neu aufgelegt werden; vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung wurden sie zwischenzeitlich neu konzipiert. Spezielle Hefte widmen sich in historischen Etappen der Geschichte der beiden deutschen Staaten. Das erleichtert Kontrastierungen, verdeutlicht aber auch die gegenseitige Bezogenheit der Politik in West und Ost. Erkennbar wird zudem, daß eine isolierte Teilgeschichtsschrei-

bung der Vergangenheit angehört und heute vielmehr eine gesamtdeutsche Geschichte gefordert ist. „Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der 80er Jahre“ ist das erste Heft, das dieser neuen Konzeption verpflichtet ist. In kurzen Abständen sollen mindestens zwei weitere Hefte folgen. Auch im Jugendkalender oder in der Reihe „ZEITLUPE“ für die Sekundarstufe I werden, wie im Themenheft „Jugend in der DDR“, Fragen der Geschichte der DDR in leicht verständlicher Weise aufgegriffen. In der Reihe „Kontrovers“ erschienen – für den Schulunterricht der Sekundarstufe 2 – Quellentexte zu politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und zeitgeschichtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit der Wende in der DDR (1990).

Dem in den letzten Jahren gewachsenen Interesse der deutschen Öffentlichkeit an Film und Fernsehen der DDR, deren Bedeutung als Teil der gemeinsamen deutschen Kulturgeschichte zunehmend ins Bewußtsein tritt, trägt die Bundeszentrale durch eine kompetente Medienberatung Rechnung. Ihr kommt dabei zugute, daß das Gesamtdeutsche Institut eine zentrale Aufgabe seiner Arbeit darin gesehen hatte, Filme und Fernsehsendungen der DDR zu sammeln und zu erschließen. Da in der DDR selbst zahlreiche Film- und Fernsehmaterialien vernichtet wurden, ist diese Dokumentation als Spiegel historischen, gesellschaftlichen und politischen Geschehens in der DDR für Lehrer, Historiker, Journalisten und Filmschaffende sowie für Mitarbeiter von Archiven und Informationszentren von einzigartiger Bedeutung. Da die Bundeszentrale auf den profunden Kenntnissen von Mitarbeitern aufbauen kann, die auch schon im Gesamtdeutschen Institut für Sichtung und inhaltliche Auswertung der Film- und Tonmaterialien zuständig waren, hat sich die Zusammenarbeit mit Filmwirtschaft, Hörfunk- und Fernsehanstalten sehr positiv entwickelt. Die Erfassung von inzwischen mehr als 4.700 Dokumentarfilmsendungen des Deutschen Fernsehfunks (DFV) in einer Datenbank erleichtert die gezielte Recherche.

Der deutsche Einigungsprozeß war nie ausschließlich eine deutsch-deutsche Angelegenheit, vielmehr mußte von Anfang an immer auch die Rolle des gesamten Deutschland in Europa und der Welt mitbedacht werden. Die Bundeszentrale ist bestrebt, diesem Aspekt der deutschen Vereinigung in ihren Publikationen und Veranstaltungen Rechnung zu tragen. Genannt sei hier beispielsweise das Heft „Internationale Beziehungen I. Der Ost-West-Konflikt.“ Eine Seminarreihe des Ost-West-Kollegs bisher in Köln, jetzt in Brühl, bietet seit Anfang der 80er Jahre Deutschlehrern und Germanisten sowie deren Verbänden im In- und europäischen Ausland ein Forum, auf dem literaturgeschichtliche und kulturpolitische Aspekte der deutschen Zweistaatlichkeit respektive Einheit kennengelernt und diskutiert werden können. In diesen deutschlandpolitischen Tagungen geht es darum, das historische und zeitgenössische Deutschland aus der Literatur seiner beiden Staaten zu erschließen und die unterschiedlichen „Deutschland-Bilder“ einem internationalen Publikum zur Diskussion zu stellen. Das Interesse an dieser Form der Auseinandersetzung mit der literarisch-politischen Vergangenheit, die auch zum Verständnis gegenwärtiger Entwicklungen beitragen kann, ist unvermindert groß. Auch

in den nächsten Jahren soll daher ein Diskussionsforum dieser Art zur Verfügung gestellt werden.

Neben einer Darstellung des DDR-Systems, die den Zwangscharakter dieses politischen Systems ebenso herausarbeitet wie den totalen Herrschaftsanspruch der SED, muß bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte der Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus und den NS-Verbrechen analysiert werden. In der DDR wurde der Antifaschismus zur Staatsdoktrin erhoben und zur Legitimation des absoluten Machtanspruches von Staat und Partei instrumentalisiert; eine historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe blieb aber aus. So hat die führende DDR-Geschichtszeitschrift „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ das Thema Judenverfolgung und -vernichtung erst in den 70er Jahren aufgegriffen.

Die Bundeszentrale hält eine Vielzahl von Materialien zum Nationalsozialismus bereit, die dazu beitragen können, solche einseitigen Sichtweisen zu hinterfragen. Beispielsweise korrigieren die neukonzipierten „Informationen zur politischen Bildung“ zum Thema „Widerstand im Nationalsozialismus“ das in der DDR propagierte Geschichtsbild, nach dem die DDR auf dem antinationalsozialistischen Widerstand gründete. Die notwendigerweise kritische Rezeption der DDR-Geschichtsbilder führte aber auch zu einer Ausweitung der Darstellung, die den gesamtdeutschen Aspekten dieser Thematik verstärkt Rechnung trägt; so finden Widerstandshandlungen von Kommunisten und Arbeitern in erweiterem Maße Berücksichtigung. Beispielhaft sei hier etwas ausführlicher auf die Dokumentationen über die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus eingegangen, von denen der Band zu den Gedenkstätten in der alten Bundesrepublik in einer erweiterten 2. Auflage seit 1996 vorliegt. Ein gleichartig konzipierter Band zu den Gedenkstätten für NS-Opfer in den neuen Bundesländern und Berlin, an dessen Konzeption Expertinnen der Gedenkstättenarbeit aus den neuen Ländern mitwirkten, steht kurz vor dem Abschluß. Dabei findet Berücksichtigung, daß viele Gedenkstätten der DDR seit der Wende auch die Erinnerung an die Opfer der Verfolgung nach 1945 aufrechterhalten. Die umfassende Dokumentation erfaßt sowohl die früheren großen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ wie auch viele kleinere Stätten mit regionaler und lokaler Bedeutung; daneben werden auch solche Gedenkstätten verzeichnet, an denen zu DDR-Zeiten kein offizielles Gedenken stattfand, weil die Opfergruppen sich nicht durch den DDR-Antifaschismus vereinnahmen lassen wollten – wie in Pirna-Sonnenberg oder Torgau. Vorbereitet wird schließlich auch ein Überblick über die Gedenkstätten für die Opfer der politischen Verfolgung durch die Sowjetische Geheimpolizei in der SBZ sowie für die Opfer der Willkürherrschaft der SED und ihrer Strafjustiz. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit der Enquete-Kommission in Aussicht genommen worden.

Unmittelbar konfrontiert mit der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sehen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Israel-Studienreisen, von denen die Bundeszentrale etwa zehn im Jahr veranstaltet. Seit

1990 nehmen an all diesen Studienreisen Multiplikatoren aus den neuen Bundesländern teil, manche Reisen werden speziell für Teilnehmer aus den neuen Ländern konzipiert. Kurz nach der Wende kamen fast die Hälfte aller Reisetilnehmer aus dem Osten Deutschlands; heute stellen sie noch etwa 25 % der Reisegruppe, was in erster Linie mit der restriktiven Handhabung der Gewährung von Bildungs- und Sonderurlaub zusammenhängt. Das Interesse an den Israel-Reisen ist aber unvermindert groß. Deshalb werden inzwischen auch Studienreisen nach Israel u. a. von Landeszentralen für die politische Bildung in den neuen Bundesländern angeboten.

Viele Teilnehmer aus den neuen Bundesländern werden sich in Israel erstmals des Ausmaßes des Holocaust bewußt. Beinahe zwangsläufig ergibt sich so während der Reisen die Thematisierung des unterschiedlichen Umgangs mit der Geschichte in der DDR und der Bundesrepublik. Die unmittelbare Begegnung mit dem Alltag in Israel ermöglicht es darüber hinaus, eigene Vorurteile zu überdenken, die nicht selten der in der DDR von Staats wegen verordneten feindseligen Haltung gegenüber dem Staat Israel entspringen. Die intensiven Gespräche und Erfahrungen der Teilnehmer miteinander zeigen, daß die Reisen auch einen wichtigen Beitrag zur gesamtdeutschen Integration leisten.

3.1.3. Probleme des Vereinigungsprozesses aufarbeiten

Der Vereinigungsprozeß war und ist begleitet von einer Fülle von Schwierigkeiten wirtschaftlicher und sozialer Art, die von der politischen Bildung aufgegriffen und thematisiert werden müssen. Der Verlust vertrauter Wertmuster und die Entwertung eingetübter Verhaltensweisen, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Strukturwandel, die Situation alleinstehender oder älterer Frauen, Alterssicherung und Krise der Familie, aber auch die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt oder der Umgang mit den Nachbarn im Osten Europas sind nur einige dieser Probleme. Es zeigt sich immer wieder, daß der deutsche Einigungsprozeß nicht als ein isoliertes Phänomen verstanden werden darf, sondern immer im Kontext allgemeinpoltischer Entwicklungen gesehen werden muß.

Die Bundeszentrale leistet in ihrer Publikations- und Seminararbeit vielfältige Beiträge zur Aufarbeitung und Bewältigung dieser Probleme. So wurden beispielsweise die „Altenburger Gespräche“ initiiert, bei denen von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen aus den neuen wie den alten Bundesländern gemeinsam die besonderen Probleme der aktuellen wirtschaftlichen Lage diskutieren. Im folgenden sollen zwei Problembereiche herausgegriffen werden, die in direkter Verbindung mit dem Einigungsprozeß stehen und Schwerpunkte politischer Bildungsarbeit darstellen.

Gewalttätige Ausschreitungen Jugendlicher und rechtsextremistische Übergriffe auf Ausländer haben in den letzten Jahren in besorgniserregender Weise zugenommen. Insbesondere in den neuen Bundesländern sind diese Übergriffe häufig unmittelbarer Ausdruck sozialer und politischer Orientierungslosigkeit,

nicht selten verschärft durch Arbeitslosigkeit, Wohnmiserie und fehlende Zukunftsperspektiven. Das Gewaltproblem aber reicht tiefer. Der antifaschistische Anspruch der DDR hatte dazu geführt, daß die Artikulierung rechtsextremer Ansichten als gezielte Normverletzung gebrandmarkt und entsprechend sanktioniert wurde. Das Ende der DDR brachte die gleichwohl latent vorhandenen rechtsextremistischen Strömungen zum Vorschein, wobei eine Rolle spielte, daß den Jugendlichen sehr schnell bewußt wurde, daß auch der demokratische Rechtsstaat auf diese Form der Provokation besonders empfindlich reagiert. So hat die Gewaltkommission des Deutschen Bundestages festgestellt, daß neben sozialen Problemlagen mangelnde Kenntnis und Befähigung zum Umgang mit dem demokratischen Rechtsstaat sowie Kompromißunfähigkeit zentrale Ursachen von Gewalt und Gewaltbereitschaft darstellen. Und auch wenn Ausländerfeindlichkeit keineswegs ein spezifisches Problem der neuen Bundesländer ist, so wird sie doch durch die ausgebliebene Aufarbeitung des Nationalsozialismus, durch Vorurteile wie z. B. die vermeintliche Konkurrenz am Arbeitsplatz sowie die fehlende Vertrautheit mit allem Fremden verstärkt.

Politische Bildung befaßt sich auf vielfältige Weise mit diesem Problem. Dies geschieht zum einen durch die politik- und sozialwissenschaftliche Aufarbeitung, mit der den Multiplikatoren und Praktikern vor Ort das Rüstzeug für einen zielgerichteten Umgang mit den sozialen Fragestellungen an die Hand gegeben wird. Die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ hat dem Thema jugendlicher Gewaltbereitschaft mehrere Ausgaben gewidmet. Auch im Themenheft „Kriminalität und Strafe“ der „Informationen zur politischen Bildung“ spielen diese Problemfelder eine wesentliche Rolle. Der Schriftenreiheband „Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch“ behandelt in vergleichender Ost-West-Perspektive ausführlich diese Fragen. Darüber hinaus ist es Aufgabe der politischen Bildungsarbeit, gerade auch Jugendliche mit den „harten Fakten“ vertraut zu machen, ihnen Handreichungen beim Ausloten der eigenen Interessen und politischen Durchsetzungsmöglichkeiten zu bieten, Kompromißfähigkeit im Miteinander einzuüben und Konsensbereitschaft zu fördern. In Seminaren, die gemeinsam mit Lehrern, Schulämtern, Jugendforschern und Betroffenen durchgeführt werden, wird der Frage nach den Ursachen von jugendlicher Gewalt nachgegangen, werden Gewaltvermeidungsstrategien diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. In Zusammenarbeit mit den Schulämtern von Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern werden seit 1994 Fortbildungslehrgänge für Berufsschullehrer zum Thema „Umgang mit Gewalt in der Schule“ durchgeführt. Diese Lehrer beraten dann ihre Kolleginnen und Kollegen beim Umgang mit dieser Problematik.

Daneben werden auch ungewohnte Wege im Umgang mit diesem virulenten gesellschaftlichen Problem beschritten. Die Bundeszentrale hat 1994/95 eine umfangreiche Tournee des Jugendtheaters „Comic on“ mit einer Produktion des Stückes „Peter Steffens: Neonazi“ durch die neuen Bundesländer finanziell ermöglicht und die Aufnahme beim Publikum dokumentiert. Das Stück, das

Gewalt und Rechtsextremismus bei Jugendlichen thematisiert, wurde in Schulen aufgeführt und führte zu sehr engagierten Diskussionen zwischen Schülern, Lehrern und Theaterleuten. Die Resonanz der Schüler, Lehrer und Jugendämter auf das Stück war sehr gut und zeigte, daß viele der angesprochenen Jugendlichen großen Gesprächsbedarf haben, Orientierung in einer Gesellschaft suchen, in der sich viele von ihnen einfach (noch) nicht zurecht finden.

Ein anderes Problem im Zuge der deutschen Vereinigung, das in Seminaren regelmäßig zu hitzigen Debatten führt, ist die rechtliche Situation im vereinten Deutschland. „Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen“, hat Bärbel Bohley einmal in gewollter Überspitzung jene Unzufriedenheit charakterisiert, die aus dem Unmut darüber herrührt, daß ausgerechnet die Opfer der DDR-Diktatur oft große Schwierigkeiten haben, im neuen System Fuß zu fassen. Die Unzufriedenheit hat jedoch weitergehende Dimensionen. Die Bundeszentrale bietet hier ein Forum, das den geistigen Wegbereitern der friedlichen Revolution die Möglichkeit eröffnet, ihre Diktaturerfahrungen demokratiestabilisierend in den Prozeß der deutschen Einheit einzubringen.

Die Bundeszentrale versucht, diesen Befindlichkeiten in ihren Veranstaltungen auf vielfältige Weise Rechnung zu tragen. Auf Seminaren zu „Rechtsbegriff und Rechtskultur in den postkommunistischen Staaten“ im Ost-West-Kolleg kommen seit 1994 regelmäßig Richter und Staatsanwälte aus ganz Deutschland zu einem Erfahrungsaustausch über die Entwicklung der Justiz in den neuen Bundesländern zusammen. Ein Hauptakzent liegt dabei auf der Frage nach den ideologischen Hindernissen, die eine im östlichen Deutschland über fast 60 Jahre hinweg von totalitären Systemen geprägte Rechtsgeschichte im Rechtsdenken und politischen Handeln der Gesellschaft hinterlassen hat. Für diese Veranstaltungen hat sich die Zusammenarbeit mit der Deutschen Richterakademie als sehr förderlich erwiesen. Die Problematik der Berichterstattung über rechtliche Fragen allgemein und die Rechtsprechung zum DDR-Recht im besonderen stand im Zentrum eines Seminars für Hörfunkjournalisten aus allen Teilen Deutschlands; die Diskussionen verliefen zum Teil sehr kontrovers. Das Interesse an diesen Veranstaltungen ist sehr groß, weitere Schwerpunktdiskussionen in diesem Bereich sind geplant.

Für Bildungsseminare zu den Grundstrukturen des Rechtssystems und unserer Verfassung hat es sich als sehr produktiv erwiesen, Vertreter der Opferverbände als Referenten einzuladen. Ihre Präsenz verdeutlicht nicht nur mit Nachdruck, wie wichtig eine offene und ehrliche Aufarbeitung der Geschichte ist; aufgrund eigener leidvoller Erfahrung können sie auch überzeugend vermitteln, daß es trotz aller Mängel und Ärgernisse keine Alternative zum freiheitlichen Rechtsstaat gibt. Einmal mehr bestätigt sich hier der alte Grundsatz, daß sich in der politischen Bildung von den Opfern mehr lernen läßt als von den Tätern.

3.2. Zielgruppen

3.2.1. Der interessierte Bürger

Ein Ziel der politischen Bildung muß es sein, eine möglichst breite und weitreichende Ansprache der Bevölkerung zu realisieren. Von besonderer Bedeutung war dies unmittelbar nach der Wende, die ja auch eine erhebliche Zunahme der „Klientel“ der Bundeszentrale bedeutete. Wenn sich die Angebote der Bundeszentrale auch in erster Linie an die Multiplikatoren als Mittler politischer Bildung richten, so hat der politisch interessierte Bürger als „Endverbraucher“ doch jederzeit die Möglichkeit, sich mit der Bitte um Informationen an die Bundeszentrale zu wenden; bis heute machen viele Bürgerinnen und Bürger auch aus den neuen Bundesländern von diesem Angebot regen Gebrauch. Die Erwartungen variieren dabei stark: Interessenten mit spezielleren Vorkenntnissen oder besonderen thematischen Interessen finden sich mit Publikationen aus der Schriftenreihe, Einzelausgaben der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ oder den Themenheften der „Informationen zur politischen Bildung“ in der Regel am besten informiert. An Bürgerinnen und Bürger ohne spezielle Vorkenntnisse wendet sich dagegen gezielt die „Politische Zeitung“ (PZ).

Die in einer Auflage von 1 Million Exemplaren publizierte PZ hat sich ab 1992 mit Extra-Ausgaben den jeweiligen neuen Bundesländern gewidmet. Zusammen mit der Präsentation eines Bundeslandes war jeweils ein Leitthema verbunden, das in den neuen Bundesländern besondere Probleme bereitete. So z. B. das Thema „Vergangenheit“ zusammen mit dem Bundesland Brandenburg, das Thema „Rechtsstaat“ zusammen mit dem Bundesland Sachsen-Anhalt, das Thema „Innere Sicherheit“ zusammen mit dem Bundesland Sachsen und das Thema „Kultur“ zusammen mit dem Bundesland Berlin. PZ übersetzt die großen Themen der Politik in den Alltag der Bürger. Mit bewährten journalistischen Methoden werden jetzt auch Lebenserfahrungen und Sichtweisen der Menschen in den neuen Bundesländern aufgegriffen mit dem Ziel, die Probleme mit der noch ungewohnten Demokratie zu verarbeiten.

Begleitet wurden diese thematischen Ansätze durch gezielte Verteileraktionen in den neuen Bundesländern. Das Ergebnis ist eine Erfolgsgeschichte: Über 160.000 Exemplare gehen inzwischen in die neuen Bundesländer. Durch die Kooperation mit Journalisten aus den neuen Bundesländern und Autoren wie Erich Loest und Karl Wilhelm Fricke wird sichergestellt, daß auch in Zukunft nicht an den Menschen vorbei, sondern ihren Erwartungen und Ansprüchen an Information entsprechend produziert wird.

3.2.2. Multiplikatoren und Meinungsführer

Die klassische Zielgruppe der politischen Bildung sind die sogenannten Multiplikatoren: Haupt-, neben- oder ehrenamtlich tätige politische Bildner – z. B.

Lehrer, Mitarbeiter von Bildungseinrichtungen, aber auch Polizisten oder Offiziere der Bundeswehr, sofern sie politische Bildung betreiben –, daneben Vertreter von Berufsgruppen, die durch ihre Tätigkeit Einfluß auf die politische Meinungsbildung nehmen können wie Journalisten oder auch Juristen. An diese Multiplikatoren richtet sich der überwiegende Teil der von der Bundeszentrale veranstalteten Seminare. Sie dienen der Weiterbildung, der Erprobung neuer didaktischer Modelle und nicht zuletzt dem Meinungsaustausch. Speziell für Multiplikatoren stellt die Bundeszentrale mit den „Handreichungen für die nebenberufliche Qualifizierung in der Erwachsenenbildung“ eine grundlegende Einführung in die Methodik politischer Bildung zur Verfügung. Die in diesen Arbeitshilfen vorgestellten Fallbeispiele gehen speziell auf die Situation von Lehrenden in den neuen Bundesländern ein.

Die demokratische Gesellschaft braucht den informierten und handlungsbereiten Bürger. Sie ist deshalb auf gut ausgebildete Journalisten mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein angewiesen. Die Zeitung der Zukunft, so sagen Experten, wird weitgehend aus dem Lokalen konzipiert sein und von dort aus die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge nachvollziehbar machen müssen. Deshalb kommt der Lokalzeitung bei der Demokratievermittlung eine Schlüsselfunktion zu. Kein anderes Medium hat eine vergleichbare Chance, politische Entscheidungen für den einzelnen durchschaubar zu machen und sie in den Alltag der Menschen zu übersetzen. Die Bundeszentrale setzt sich deshalb seit vielen Jahren für einen qualifizierten aktiven Lokaljournalismus ein. Aus den ersten Modellseminaren für Lokaljournalisten hat sich ein qualitätsförderndes Netzwerk entwickelt. Seminare und Tagungen, auf denen mittlerweile einige tausend Journalisten mitgearbeitet haben, sind ein wichtiger Bestandteil; Bücher und Pressedienste sind dazugekommen. Die „Drehscheibe“, Pressedienst und Ideenbörse für Lokalredaktionen, ist ein Kernstück des Programms. Es erreicht heute mehr als die Hälfte aller Lokalredaktionen deutscher Tageszeitungen. Die große Resonanz auf die Initiativen der Bundeszentrale bei den festangestellten Redakteuren rührt von der engen Zusammenarbeit mit denen, die Tageszeitungen machen und Verantwortung tragen. Die Bundeszentrale ist überzeugt, daß alles, was der Qualitätssteigerung der Tageszeitungen dient, im Interesse des mündigen Bürgers liegt.

Diese Angebote der Bundeszentrale richten sich seit dem Fall der Mauer auch an die Redakteure in den neuen Ländern. Viele dieser Journalisten sind noch zu DDR-Zeiten ausgebildet worden und haben ihre beruflichen Erfahrungen in der DDR gesammelt. Dem Staatsverständnis entsprechend sollten sie zur Stabilität des SED-Regimes beitragen; insofern waren sie weit mehr Befehlsempfänger und ausführende Organe der staatlichen Informationspolitik als kritische Kommentatoren des politischen Geschehens. Die Schwierigkeiten bei der Umstellung auf einen Journalismus, der gesellschaftliche Entwicklungen kommentierend begleitet und zum persönlichen Engagement der Bürger auffordert, waren und sind bis heute sehr groß.

Hier bieten neben den einschlägigen Publikationen für Journalisten wie den Materialien für Lokaljournalisten oder dem Pressedienst „Drehscheibe“ insbesondere die Lokaljournalistenfortbildungsseminare der Bundeszentrale Anregungen und Hilfestellungen. Als ein Beispiel für viele verschiedene Themenschwerpunkte sei das Modellseminar im „Super-Wahljahr“ 1994 genannt, als kommunal, regional, bundes- und europaweit gewählt wurde. Gemeinsam mit der „Initiative Tageszeitung“, einer Vereinigung von Chefredakteuren, Verlegern und Tageszeitungs-Redakteuren, wurde ein „Crash-Seminar“ veranstaltet und ein umfassendes Materialienpaket zum Thema Wahlen herausgegeben. Die Veranstaltung wurde besonders von Journalisten aus den neuen Ländern, die in der Wahl-Berichterstattung naturgemäß wenig Erfahrung besaßen, sehr begrüßt.

Das Feedback auf diese Seminare, aber auch Nachfragen bei Redaktionsleitern und Chefredakteuren zeigen, daß die Journalisten-Programme im Hinblick auf Inhalte und Methode auf große Akzeptanz stoßen. Der kontinuierliche Erfahrungsaustausch zwischen Journalisten aus West- und Ostdeutschland trägt dazu bei, die divergierenden Lebensumstände in den einzelnen Bundesländern besser zu verstehen. Die Erfahrungen der Journalisten bei den Tagungen fließen in den journalistischen Alltag ein, in dem gerade die Lokalredaktion das Selbstgespräch der lokalen Gesellschaft moderieren und wichtige Akzente setzen kann.

Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Politik/ Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde sind die wichtigsten Multiplikatoren politischer Bildung in der Schule. Ihnen obliegt im Verständnis unserer demokratischen Gesellschaft die Aufgabe, jungen Menschen die Funktionsweisen und Spielregeln des demokratischen Systems nahezubringen. In der DDR diente das Fach Staatsbürgerkunde dem allumfassenden ideologischen Anspruch des Staates: Der „ideale“ Bürger für den vermeintlich besten aller Staaten sollte hier herangezogen werden.

An die Stelle der Staatsbürgerkunde trat mit der deutschen Vereinigung in den neuen Bundesländern ein Fach der politischen Bildung. In der Regel war das die Sozial- oder Gemeinschaftskunde. Allerdings fehlte es, nachdem die ehemaligen Staatsbürgerkundelehrer in ihrer überwiegenden Zahl aus dem Schuldienst entlassen worden waren, an fachlich und didaktisch qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern, die eine kompetente Vermittlung demokratischer und pluralistischer Inhalte hätten gewährleisten können. Unterrichtet wurde zu meist fachfremd oder von Lehrern, die sich in Fortbildungsmaßnahmen befanden. Für sie waren die Schul- und Fachbücher der alten Bundesrepublik, die ein fachwissenschaftliches bzw. fachdidaktisches Studium voraussetzen, nicht in jedem Fall geeignet.

Zur Behebung dieses Desiderats hat die Bundeszentrale die neue Reihe „Thema im Unterricht“ mit Unterrichtsmaterialien speziell für den Sozialkundeunterricht in den weiterbildenden Schulen der neuen Bundesländer entwickelt. Diese bieten für zentrale Themen des Politikunterrichts knappe Materialien an und ermöglichen einen lebendigen, demokratischen und aktuellen Politik-, So-

zialkunde- und Gemeinschaftskundeunterricht. Inhaltlich stehen die Funktionsweisen der Demokratie und ihrer Institutionen im Mittelpunkt. U.a. sind Themenhefte zum Leben in der Gemeinde, zu Parteien und Bürgerbeteiligung, Wirtschaft, Europa und zur öffentlichen Meinung bereitgestellt worden. Die Ausgaben bestehen aus Lehrerheft und Arbeitsheft, wobei letzteres die Unterrichtsmaterialien in kurzer und prägnanter Weise präsentiert. Entwickelt werden die Hefte von Autoren und Autorinnen aus den alten und neuen Bundesländern, die zumeist selbst aus der Praxis kommen und so eigene Lehrerfahrungen bei der inhaltlichen und didaktischen Gestaltung der Hefte einbringen können. Das Interesse an diesen Materialien, die konkrete Hilfestellung bei der täglichen Unterrichtsvorbereitung leisten, ist erheblich. 1995 wurden auf Nachfrage 500.000 Exemplare versandt.

Auch ein „Grundgesetz für Einsteiger“ ist in dieser Reihe erschienen. Es handelt sich dabei um eine Arbeitsmappe, die mit aktivierenden Aufgaben in das Grundgesetz einführt. Im Januar 1997 werden 400.000 Exemplare dieser Arbeitsmappe in die neuen Bundesländer verschickt worden sein.

Neben der Bereitstellung brauchbarer Unterrichtsmaterialien bildet die fachliche Qualifizierung der neuen Sozialkundelehrerinnen und -lehrer ein zentrales Anliegen der bildungspolitischen Arbeit der Bundeszentrale seit der Nachwendezeit. In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Fernstudien in Tübingen (DIF) und der Freien Universität Berlin hat die Bundeszentrale für politische Bildung im Herbst 1990 ein Lehrerweiterbildungsprogramm ins Leben gerufen. Politisch unbelastete Lehrer und Lehrerinnen, die sich befähigt fühlen, politische Bildung zu unterrichten, können in diesem seit 1991 und bis 1998 laufenden Programm berufsbegleitend ein vier- bis sechssemestriges Fachstudium absolvieren, das sie nach einem Staatsexamen mit der vollen Lehrberechtigung in den Fächern Sozialkunde/Politik bzw. Gesellschaftskunde abschließen.

Die Lehrpläne für diese Weiterbildungsmaßnahme wurden in Zusammenarbeit mit den Universitäten, die auch die Dozenten und Prüfer stellen, entwickelt. Inhaltlich stehen neben institutionenkundlichen Grundlagen des demokratischen Staates die Geschichte der DDR und des Stalinismus unter besonderer Berücksichtigung der DDR im Zentrum des Studienganges. Weitere Schwerpunkte bilden die deutsche Nachkriegsgeschichte insgesamt und das politische System der DDR im Besonderen. Als Unterrichtsmaterialien hat die Bundeszentrale grundlegende Beiträge zu den genannten thematischen Schwerpunkten sowie zur Fachdidaktik des politischen Unterrichts in der Schriftenreihe publiziert und stellt das Gesamtangebot ihrer Materialien für den Unterricht zur Verfügung.

Bis heute haben etwa 2000 Lehrerinnen und Lehrer dieses Zweitstudium erfolgreich abgeschlossen. Viele von ihnen haben auch bereits an dem seit Herbst 1994 angebotenen weiterführenden Lehrerfortbildungsprogramm für Absolventen des Studienganges teilgenommen. Nicht selten wurden für die Weiterbildung berufliche oder persönliche Schwierigkeiten in Kauf genom-

men. Die Probleme reichten vom Unverständnis mancher Schulleitung und Schulaufsicht über das Fehlen einer wissenschaftlichen Bibliothek in erreichbarer Nähe bis zur Organisation notwendiger Kinderbetreuung.

Der Erfolg dieser Maßnahme veranlaßte die Bundeszentrale, einen weiteren Modellversuch zur Lehrerweiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Auch durch den starken Geburtenrückgang in den letzten Jahren sind die Schülerzahlen an Grund- und Hauptschulen rückläufig, so daß es einen Lehrerüberhang gibt. Gleichzeitig fehlen Sozialkundelehrer an den beruflichen Schulen. Die Berufsschulen aber sind häufig der Ort, wo Schülerinnen und Schüler sich letztmals intensiv mit Politik befassen, wo noch einmal die Funktionsweisen des Staates und die Spielregeln der Demokratie verdeutlicht, noch einmal für Engagement und Toleranz im Umgang miteinander geworben werden kann. Dafür aber ist die Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer von entscheidender Bedeutung, da nur so Glaubwürdigkeit gewonnen werden kann.

In Kooperation mit dem Deutschen Institut für Fernstudien in Tübingen (DIFF), Kultusministerium und Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung sowie der Landeszentrale für politische Bildung in Schwerin wurde Anfang 1996 ein Modellprojekt zur Umqualifizierung von Grund- und Hauptschullehrern für das Fach Sozialkunde an Berufsschulen gestartet. Parallel zur eigenen Lehrertätigkeit und bei Abminderung des Stundensolls führt das dreijährige Fernstudium mit Präsenzzeiten zum Staatsexamen. Neben politik- und geschichtswissenschaftlichen Lehrinhalten wird besonderer Wert auf Medien- und Landeskunde gelegt. Die Geschichte der DDR bildet während des Studiums ein zentrales Thema. Bisher wurden 103 Lehrerinnen und Lehrer für dieses Modellprojekt ausgewählt.

Auch mit der Universität Potsdam wurde ein derzeit noch durchgeführtes Projekt zur Lehrerweiterbildung initiiert. Daneben finanziert die Bundeszentrale für politische Bildung einwöchige sogenannte „Crash-Kurse“ für Lehrerinnen und Lehrer, die – ohne ein entsprechendes Fachstudium – bereits Fächer der politischen Bildung unterrichten.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Programme sind ausführlich nach ihrer Einschätzung, ihren Erfahrungen und Schwierigkeiten befragt worden. Die Ergebnisse der Befragungen sind es wert, ausführlicher referiert zu werden, verdeutlichen sie doch manche der Probleme, denen sich die staatliche politische Bildung im Prozeß der deutschen Einigung gegenüber sieht. Grundsätzlich werden die Maßnahmen positiv eingeschätzt. Es habe sich eine im großen und ganzen bejahende Einstellung gegenüber dem neuen Unterrichtsfach entwickelt; aufgrund früherer negativer Erfahrungen mit der Staatsbürgerkunde war das so nicht unbedingt erwartet worden. Zudem habe man Funktionsweisen und politische Abläufe besser verstehen gelernt, was bei den meisten der Befragten zu einem wachsenden Interesse am Fach geführt habe. Auch seien mit der eigenen Kompetenz Interesse und Akzeptanz des Schulfaches bei den Schülerinnen und Schülern gestiegen. Allerdings äußerten im

Rückblick nicht wenige der Befragten das Gefühl, von den neuen politischen und gesellschaftlichen Zuständen und Denk- wie Verhaltensweisen überwältigt zu werden. Auch mit Pluralismus und Meinungsvielfalt als Bestandteil der Unterrichtsmethodik hatten viele Lehrer Schwierigkeiten. Die Erziehung junger Menschen zur Fähigkeit, politische Positionen anhand rational erörterbarer Maßstäbe der Kritik zu unterziehen, wurde zwar als Lernziel grundsätzlich befürwortet, die praktische Umsetzung aber bereitete Probleme. Den Dozenten wiederum fiel es nicht immer leicht zu vermitteln, daß in der Politik Interessengegensätze, Kontroversen, ja selbst Streit keine unvermeidlichen Übel, sondern vielmehr zentrale Elemente der demokratischen politischen Kultur sind. Insgesamt wurde von fast allen Lehrerinnen und Lehrern die Effizienz der Qualifizierungsmaßnahme, aber auch die kompetente fachliche Hilfestellung durch die Materialien der Bundeszentrale hervorgehoben.

3.3. Methoden

Die Methoden, die die Bundeszentrale bei der Arbeit für die deutsche Einheit anwendet, sind vielfältig und differenziert. Das Spektrum reicht von Publikationen mit unterschiedlichen Ansprüchen an das Vorwissen der Leser über Seminare, Vorträge und Tagungen oder den Einsatz von Filmen, Videos und Computerspielen bis zu Wettbewerben und Festivals. Entscheidend für die Wahl der jeweiligen Bildungsmaßnahme ist die detaillierte Kenntnis der Zielgruppe, die erreicht werden soll, ihrer Vorkenntnisse, Vorlieben und grundsätzlichen Erwartungen an Bildungsveranstaltungen.

Die politische Bildung steht im Wettstreit mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Freizeitangeboten. Um diesen erfolgreich zu bestehen, muß sie attraktiv sein und den Seh-, Lese- und Erlebnisgewohnheiten der anvisierten Zielgruppe entsprechen. Das gilt insbesondere, wenn Menschen erreicht werden sollen, die der politischen Bildung nicht von vornherein aufgeschlossen gegenüberstehen. So hat beispielsweise die Bundeszentrale dem Interesse von Jugendlichen an Filmen, Videos und Computerspielen dadurch entsprochen, daß eine Fülle von Filmproduktionen, die die Überwindung der DDR-Diktatur zum Thema haben, in den Verleih gebracht wurden und nun in Schulen und Jugendzentren gezeigt werden können.

3.3.1. Begegnungen

Ein zentraler Aspekt integrationsfördernder Bildungsarbeit ist das gemeinsame Lernen und Erleben des demokratischen Miteinanders. Große Bedeutung wurde deshalb schon unmittelbar nach dem Mauerfall den Begegnungen zwischen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands zugemessen. Nur wer Lebensumstände, Alltagsschwierigkeiten und Werthierarchien des anderen kennt, wer Verhaltens- und Denkweisen nachzuvollziehen imstande ist, kann Fremdheit, Vorurteile und Voreingenommenheiten überwinden. Das gegenseitige Ken-

nenlernen ist eine wichtige Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander und die Entwicklung einer gemeinsamen Identität in Deutschland. Die jeweils andere Sozialisations- und Lebensgeschichte kennenzulernen kann gleichwohl nicht heißen, daß Unterschiede nivelliert werden. Die historisch gewachsene mentale Vielfalt muß innerhalb einer von allen getragenen freiheitlichen Verfassungs- und Rechtsordnung ebenso anerkannt werden wie kulturelle oder landsmannschaftliche Besonderheiten.

Begegnungsseminare für Multiplikatoren

Eine bedeutende Maßnahme beim Zusammenwachsen der Deutschen in Ost und West bilden die von der Bundeszentrale für politische Bildung veranstalteten oder geförderten Begegnungsseminare. Diese werden für die unterschiedlichsten Zielgruppen angeboten. Eine wichtige Ansprechgruppe stellten unmittelbar nach der staatlichen Vereinigung Multiplikatoren aus Polizei und Bundeswehr dar. Ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren der NVA wurden auf diesen Begegnungsseminaren nicht nur Basisinformationen über das neue politische System vermittelt, ebenso wichtig war der Aspekt des Erfahrungsaustauschs mit den neuen Kollegen aus dem anderen Teil Deutschlands. So konnten Vorurteile abgebaut und Kontakte geknüpft werden, die sich auch beruflich nutzen ließen. Eine weitere besondere Zielgruppe sind ältere Menschen, Ruheständler oder Vorruheständler, die in besonderen Seniorenbegegnungen nicht nur Vorurteile abbauen konnten, sondern auch die Bedeutung von Gemeinsinn und ehrenamtlicher Tätigkeit für eine demokratische Gesellschaft erfuhren.

Die Bundeszentrale für politische Bildung stellte für diese Seminare unterschiedliche Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang neben den oben genannten Publikationen wie den „Informationen zur politischen Bildung“, der „PZ“ u. a. insbesondere die „Arbeitshilfen für politische Bildung“: „Gemeinsam sind wir unterschiedlich – Deutsch-deutsche Annäherungen“. Diese geben Anregungen zum Verständigungsprozeß, wobei die Alltagserfahrungen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands als Bezugspunkte dienen. In der Auseinandersetzung mit den jeweils spezifischen Lebensumständen im anderen Teil Deutschlands, die einander kontrastierend betrachtet werden, wird für Toleranz geworben und die Integrationsbereitschaft gefördert. Kulturwissenschaftler, Jugendforscher und Historiker aus neuen und alten Bundesländern waren an der Erstellung dieser Arbeitshilfen beteiligt. In der politischen Erwachsenenbildung haben sich diese Materialien, die intensiv nachgefragt werden, schon nach kurzer Zeit sehr bewährt.

Schülerbegegnungen

Ein Begegnungsforum für Schülerinnen und Schüler stellte ein Projekt deutscher Integration unter dem Titel „Schüler gestalten die Zukunft – ein Beitrag zur deutsch-deutschen Integration“ dar, das von Haus Neuland, Bielefeld, in Zusammenarbeit mit den Universitäten Potsdam und Bielefeld durchgeführt und von der Bundeszentrale begleitet wurde. Im Rahmen dieses Projektes, das unter wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt wurde, trafen sich Schulklassen der 11. bis 13. Jahrgangsstufen im Abstand von etwa einem halben Jahr einmal in den alten und einmal in den neuen Bundesländern. Gemeinsam wurden aktuelle Probleme diskutiert. Auf Wunsch der Schüler wurden z. B. die Themen „Vorurteile“, „Ökologie“, „Rechtsextremismus“ und „Probleme der Vergangenheitsbewältigung“ bearbeitet. Von 1994 bis 1996 fanden insgesamt 26 dieser Seminare statt. Die Auswertung dieses Langzeitprojektes zeigt, daß es Jugendlichen häufig schwerfällt, aufeinander zuzugehen und sich zu verstehen. Bei vielen Schülern bestanden Vorurteile oder Unkenntnis über die Lebensverhältnisse der jeweils anderen Schulklasse, ohne daß sie sich dessen bewußt waren. Im Laufe der mehrtägigen Begegnungen konnten diese Vorurteile in der Regel abgebaut werden. Die meisten Schulklassen waren an einem wiederholten Treffen mit ihrer „Partnerklasse“ interessiert, manchmal haben sich zwischen den Schülerinnen und Schülern Freundschaften entwickelt.

Akzeptanz der Seminare

Die Resonanz auf die Begegnungsseminare der politischen Erwachsenenbildung hat sich im Lauf der Jahre verändert. In den ersten Jahren nach der Wende stand das gegenseitige Erzählen von Lebensläufen, das Kennenlernen der Menschen im jeweils anderen Teil Deutschlands im Mittelpunkt des Interesses. Inzwischen aber ist das Interesse der Teilnehmer an allgemeinen politischen Bildungsinhalten deutlich stärker geworden. Der je eigene Sozialisationshintergrund der Teilnehmer von Fortbildungsseminaren prägt zwar nach wie vor Sicht- und Beurteilungsweisen; gewünscht wird aber verstärkt das gemeinsame Erarbeiten von Themenfeldern mit Teilnehmern aus ganz Deutschland. Das Interesse gilt dabei zunehmend Themen mit aktuellen politischen Bezügen, die Menschen im Osten wie im Westen gleichermaßen betreffen. Genannt werden in den neuen Bundesländern immer wieder die Themen Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Berufs- und Familienleben oder die Rolle Deutschlands in Europa.

3.3.2. Wettbewerbe, Festivals

Speziell für Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 6 bis 11 wird jedes Jahr der Schülerwettbewerb der Bundeszentrale ausgeschrieben. In diesem Wettbewerb werden regelmäßig Themen zur DDR-Geschichte bzw. zur Deutschen Einheit zur Auswahl gestellt, die von Lehrern aus den alten und neuen

Bundesländern entwickelt werden. Besonders erfreulich ist, daß rund die Hälfte der Teilnehmerklassen an diesem Wettbewerb aus den neuen Bundesländern kommt. Nach Nordrhein-Westfalen stellt Brandenburg die meisten Teilnehmer. Kurz nach der Wende wurden in den neuen wie den alten Bundesländern die Fragen zur deutschen Einheit von etwa der Hälfte der teilnehmenden Schulklassen bearbeitet. Inzwischen ist das Interesse an diesen Fragen allerdings deutlich zurückgegangen. Beim letzten Wettbewerb 1996 haben im Westen etwa zwischen 10 und 20 Prozent der Schulklassen deutsch-deutsche Themen bearbeitet, im Osten lag der Prozentsatz etwas höher.

Mit den von der Bundeszentrale veranstalteten Festivals werden insbesondere Menschen angesprochen, die ansonsten von der traditionellen politischen Bildung nicht erreicht werden, gleichwohl aber politisch interessiert und engagiert sind. Zugleich werden mit diesen Festivals neue und alternative Formen der politischen Bildungsarbeit erprobt und gefördert.

Das von der Bundeszentrale von 1991 bis 1995 geförderte Filmfestival in Schwerin, das gemeinsam mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Stadt Schwerin veranstaltet wurde, diente beispielsweise einerseits der Förderung politisch-bildender Spielfilme junger Produzenten. Zugleich wurden die Zuschauer über das Medium Film an aktuelle politische Themen herangeführt und zu Diskussionen über die vermittelten Inhalte angeregt.

Beim 2. Festival „Politik im freien Theater“, das die Bundeszentrale Ende 1993 in Dresden gemeinsam mit der dortigen Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete, boten 22 Theatergruppen Stücke dar, die sich mit politischen und historischen Themen, insbesondere auch zur Thematik des deutschen Einigungsprozesses, auseinandersetzen. In den an die Aufführungen sich anschließenden Diskussionen diskutierten Publikum, Darsteller und politische Bildner Inhalte und Bühnenpräsentation. Das Interesse des Dresdner Publikums an dieser Veranstaltung war ausgesprochen groß, und auch die Künstler setzten sich intensiv nicht nur mit Politik, sondern auch mit ihren Vermittlungsmöglichkeiten durch das Medium Theater auseinander. Auch beim 3. Theaterfestival, das im November 1996 in Bremen stattgefunden hat, waren mehrere Theatergruppen aus den neuen Bundesländern vertreten

4. Kooperationen

Für die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung ist eine gute Zusammenarbeit mit den Partnern in der staatlichen politischen Bildung, bei freien Trägern, Verbänden, Institutionen, Universitäten und Bildungseinrichtungen von großer Bedeutung. In besonderem Maße gilt dies für die politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern. Die Ansprechpartner vor Ort kennen in der Regel Struktur und Interessen der Zielgruppe und sind bei der inhaltlichen und methodischen Planung von Seminaren und anderen Bildungsveranstaltungen verantwortlich beteiligt. Die Partner geben Anregungen für die Se-

minararbeit, sie sind es zumeist, die die Materialien der Bundeszentrale in der Bildungsarbeit vor Ort einsetzen und auf ihre Effizienz hin überprüfen können. Die Liste dieser Kooperationspartner ist lang, sie umfaßt Mitglieder der ehemaligen Bürgerbewegung der DDR, Schriftsteller und Publizisten, Vertreter von Opferverbänden, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Vertreter der Kirchen und Parteien etc.

Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für politische Bildung

Auch die Zusammenarbeit mit den selbständig arbeitenden Landeszentralen für politische Bildung ist von großer Bedeutung. Mit ihrer Hilfe können regionale und ansonsten bildungsferne Gruppen erreicht werden. Am Anfang der Zusammenarbeit mit den Landeszentralen in den neuen Ländern stand, wo dies gewünscht wurde, die Unterstützung durch die Bundeszentrale beim Aufbau der Landeszentralen; so wurde 1993 ein Mitarbeiter der Bundeszentrale für 6 Monate als Publikationsreferent an die Landeszentrale Sachsen-Anhalt abgeordnet, ein anderer hat 1992/93 in der Landeszentrale Thüringen 8 Monate Aufbauarbeit geleistet. Inzwischen hat sich die Zusammenarbeit intensiviert und ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen allen Landeszentralen und der Bundeszentrale ist zu einer guten Tradition geworden. So finden dreimal jährlich Abstimmungsgespräche statt, um gemeinsame Projekte vorzubereiten. Eine solche gemeinsame Veranstaltung war beispielsweise der Tag der Begegnung zwischen Sachsen und Baden-Württemberg im Mai 1996 in Meißen. Gemeinsame Seminarprojekte werden ebenso abgestimmt wie die Förderung von Ankaufsvorhaben. Daß bei der Ausstattung von Bibliotheken die Landeszentralen gegenseitig und durch die Bundeszentrale Unterstützung erfahren, ist selbstverständlich.

4.1. Kooperation mit freien Trägern

Für die Etablierung demokratischer Strukturen in den neuen Ländern ist eine plurale Trägerlandschaft unverzichtbar. Mit großem Engagement hat die Bundeszentrale für politische Bildung seit 1990 daher den Aufbau freier Bildungsträger in den neuen Bundesländern begleitet und gefördert. Ohne Anbindung an Parteien, Kirchen, Gewerkschaften oder ähnliche Institutionen mit festem Rückhalt bei westdeutschen Partnern hätte die Mehrzahl dieser Organisationen anderweitig sehr schwierige Startbedingungen und oft wohl nur geringe Überlebenschancen gehabt. Fehlende Kenntnis von Förderungsbedingungen und potentiellen Partnerinstitutionen sowie eine oft dürftige personelle Ausstattung bilden bis heute erkennbare Schwierigkeiten des Neuanfangs. Inzwischen haben sich die Strukturen konsolidiert und es lassen sich – bei aller Vielfältigkeit von Trägerstrukturen, Bildungsangeboten und Zielgruppen – erste Tendenzen der allgemeinen Situation festhalten.

4.2. Akzeptanz politischer Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern

Nach wie vor betrachtet die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern politische Bildung mit großer Skepsis. Ein Grund dafür liegt in den Erfahrungen mit staatlicher politischer Indoktrination zu DDR-Zeiten – Staatsbürgerkunde, Parteilehrjahr etc. –, die viele unbesehen mit politischer Bildung im demokratischen Staat gleichsetzen. Dazu kommen die weitverbreitete Verunsicherung angesichts der für viele Menschen nicht kalkulierbaren politischen Entwicklungen und die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung, die nicht selten dem demokratischen Staat angelastet werden.

So hat im Moment politische Erwachsenenbildung insbesondere dort eine Chance, wo sie sich den Alltagsproblemen stellt. Arbeitsplatzprobleme, Kinderbetreuung, Miet- und Energiepreise sind Fragen, die intensiv diskutiert werden. Hier bietet sich ein Forum für einen offenen Diskurs, hier kann im Meinungsstreit jene politische Kultur gelebt werden, die zu DDR-Zeiten weit hin unbekannt war.

Viele der freien Bildungsträger in den neuen Bundesländern setzen bei ihren Seminaren auf die Verbindung von politischen Bildungsinhalten mit beruflichen, kulturellen und alltagsorientierten Seminarprogrammen, da ihrer Einschätzung nach nur so Interessenten gewonnen werden können. Diese Besonderheit der freien Bildungsträger in den neuen Bundesländern läßt sich nur schwer in die traditionellen Förderungsrichtlinien für die politische Erwachsenenbildung einordnen. Aus diesem Grund können viele Veranstaltungen, die aus der Perspektive der Träger in den neuen Bundesländern hohen politischen Stellenwert haben, nicht aus Projektmitteln der politischen Erwachsenenbildung finanziert werden.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß die Gemeinnützigkeit als klassische Fördervoraussetzung sowie die Grundsätze der öffentlichen Mittelvergabe eine Situation voraussetzen, die es in dieser Form in den neuen Bundesländern nicht gibt. Unter dieser Voraussetzung wird auch der Versuch, die gewachsenen Strukturen der freien Bildungsträger durch die geplanten institutionalisierten Förderungen nach den Erwachsenenbildungsgesetzen der neuen Länder abzusichern, mit Skepsis betrachtet.

4.3. Finanzprobleme

Das größte Problem der freien Bildungsträger in den neuen Ländern ist also die fehlende finanzielle Grundsicherung. Wenn es nicht gelingt, diese dauerhaft zu gewährleisten, werden viele Einrichtungen auf längere Sicht keine Chance haben. Anders als die politischen Stiftungen, die kirchlichen Akademien oder die gewerkschaftlichen Häuser verfügen die meisten der kleineren freien Träger auch zumeist weder über einen breiten Adressatenkreis noch über ausgebaute Kommunikationsstrukturen. Besorgniserregend ist zudem die finanzielle Grundsicherung des pädagogischen Personals. Aus dem lückenhaft

zur Verfügung stehenden Material läßt sich entnehmen, daß im Durchschnitt nur ein Drittel der Pädagogen festangestellt ist, alle anderen über Arbeitsförderungsmaßnahmen finanziert werden. Auffallend ist auch, daß die Zahl der freien pädagogischen Honorarkräfte die der haupt- und nebenamtlichen Pädagogen bei weitem übersteigt. Die Mehrheit dieser pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rekrutiert sich aus früheren Oppositionsgruppen, die zweitgrößte Gruppe bilden Akademiker aus allen Wissenschaftsbereichen auf der Suche nach einem neuen Arbeitsfeld.

Ein großes Problem stellt die berufliche Qualifizierung und Professionalisierung der pädagogischen Mitarbeiter dar. Unter dem Druck der aktuellen Verhältnisse wird zumeist auf der Grundlage der Vorbildung aus DDR-Zeiten gearbeitet. Fort- und Weiterbildungsangebote können in der Regel, wenn sie denn überhaupt zur Verfügung stehen sollten, neben der täglichen Arbeit nur in Ausnahmefällen wahrgenommen werden.

Trotz der genannten enormen Belastungen wird mit großer Kreativität und Improvisationskraft Beeindruckendes geleistet. Inhaltlich nehmen der Einigungsprozeß, die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Grundlagen der Demokratie eine Spitzenposition ein. Das schließt wirtschaftspolitische Fragestellungen ebenso mit ein wie gesellschaftspolitische Probleme der Jugendlichen und Familien oder Fragestellungen der internationalen Politik. In den Selbstdarstellungsbroschüren und den meisten Programmen werden die zu vermittelnden Wertorientierungen und Zielvorstellungen entsprechend den Leitideen der politischen Bildung formuliert, als da sind: Eintreten für Demokratie, Entwicklung von Demokratiefähigkeit, Förderung des mündigen Staatsbürgers und der Bereitschaft zum Engagement. Ohne die von der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellten Finanzen wären die meisten dieser Seminare nicht zu realisieren gewesen.

Um ein möglichst realistisches Bild von der Situation der politischen Erwachsenenbildung in den neuen Bundesländern zu erhalten und die Förderung der freien Träger durch die Landeszentralen der neuen Bundesländer und durch die Bundeszentrale besser aufeinander abstimmen zu können, hat die Bundeszentrale 1994 und 1996 zwei Kongresse mit den Landeszentralen und im November 1996 einen Kongreß mit den von der Bundeszentrale geförderten Trägern in Berlin veranstaltet.

Die neuen freien Bildungsträger in den neuen Bundesländern, die ohne die Förderung durch die Bundeszentrale ihre schwierige Bildungsarbeit für den Aufbau der Demokratie nur reduziert weiterführen könnten, haben seit 1992 einen stetig wachsenden Anteil an der Gesamtförderung erhalten: 1992: 265.000 DM; 1993: 285.000 DM; 1994: 1.183.000 DM; 1995: 1.873.000 DM; 1996: 1.865.000 DM. Insgesamt wurden seit 1992, einschließlich der Veranstaltungen von „Westträgern“, in den neuen Bundesländern rund 13.400 Bildungsveranstaltungen mit ca. 24 Millionen DM gefördert. Etwa 340.000 Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern haben an diesen Veranstaltungen teilgenommen.

5. Perspektiven für die Zukunft

Für die politische Bildung im öffentlichen Auftrag behält die Förderung des deutschen Einigungsprozesses auch in den nächsten Jahren höchste Priorität.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung wird dabei die Beschäftigung mit der Geschichte der beiden deutschen Teilstaaten sein. Auch weiterhin wird die Bundeszentrale in ihren bewährten Medien Forschungsergebnisse publizieren, Quellen dokumentieren, auf Entwicklungsbrüche aufmerksam machen und den Forschungsstand bilanzieren. Für die nahe Zukunft sind Überblicksdarstellungen zur Deutschen Geschichte 1970-1990 aus gesamtdeutscher Perspektive sowie eine Geschichte der DDR in Aussicht genommen. Eine weitere im Druck befindliche Publikation behandelt „Opposition und Widerstand in der DDR“. Eine Rekonstruktion der Kulturgeschichte Deutschlands wird die Veröffentlichung „Deutsche Kultur 1945-2000“ unternehmen.

Die Perspektive der inneren Einheit wird sich nach wie vor durch alle Themenhefte von PZ ziehen. Bei mindestens einem Heft im Jahr soll ein besonderer Schwerpunkt in den neuen Bundesländern, bei den Menschen mit DDR-Erfahrungen gesetzt werden. 1996 war es das Thema „Sowjetische Besatzungszone“, 1997 soll es „Ostalgie“ sein. Dieses Themenheft, bei dem eine Kooperation mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR beabsichtigt ist, soll – orientiert an einer einschlägigen Ausstellung der Behörde – die Stasi-Vergangenheit in Form eines Supplements behandeln. In den Jahren 1998 wird das Thema „Wohnen“ und 1999 das Thema „Arbeit“ seinen Aufarbeitungsschwerpunkt in den neuen Bundesländern finden.

In den „Informationen zur politischen Bildung“ wird die Reihe mit Querschnittsdarstellungen zu historischen Etappen der Geschichte der beiden deutschen Staaten fortgeführt. Eine neue Reihe mit Themenheften zur deutschen Zeitgeschichte behandelt „Die deutsche Frage im geteilten und im vereinten Deutschland“. Fragen der deutschen Zeitgeschichte, insbesondere der Geschichte der DDR, sollen in einer ausgewogenen Mischung aus knappen Texten und Illustrationen für einen breiten Leserkreis übersichtlich strukturiert, fachlich seriös und leicht verständlich aufbereitet werden. Ein wichtiger inhaltlicher Ausgangspunkt für die Gestaltung der Themenhefte sollen die Materialien der Enquete-Kommission sein, vor allem die dort dokumentierten Berichte von Zeitzeugen. Sofern in der Forschung wichtige darüber hinausgehende Ergebnisse gewonnen worden sind, werden diese in die Darstellung selbstverständlich einbezogen. Die Themenpalette beinhaltet u. a. die Herausbildung des Parteiensystems in der SBZ/ DDR in den Jahren 1945-1952, Recht und Justiz im SED-Staat, sowie die friedliche Revolution von 1989/90. Weitere Themenhefte zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik des SED-Regimes sind geplant.

Natürlich wird auch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den beiden deutschen Staaten nach 1945 weiterhin ein Schwerpunkt der historischen Bildungsarbeit der Bundeszentrale sein. In Vorbereitung bzw. in Planung sind die Dokumentationen über die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der DDR sowie für die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR.

Nach der deutschen Vereinigung wurde die Institutionen- und Projektförderung für die DDR- und vergleichende Deutschlandforschung durch den Bund sukzessive eingestellt. Erfreulicherweise hat sich die Erforschung der DDR-Geschichte trotz dieses Umstandes in den letzten Jahren eher intensiviert. In den neuen Bundesländern, vor allem in Potsdam und Dresden, sind neue Forschungszentren entstanden. In Berlin hat sich der Kreis der Wissenschaftler, die sich mit der deutschen Geschichte befassen, seit 1990 erheblich erweitert.

Nachdem die ostdeutschen Quellen, die Archive der Parteien und Massenorganisationen und die Unterlagen der „Gauck-Behörde“ für Forschungszwecke weitgehend zugänglich sind, hat die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte wichtige neue Impulse erhalten. Obwohl die einzelnen Forschungsinstitutionen bedeutsame und zum Teil recht umfangreiche Ergebnisse vorgelegt haben, mangelt es an einer interdisziplinären Kommunikation zwischen den verschiedenen Forschergruppen und teilweise auch an einer Vermittlung ihrer Erkenntnisse in eine breite Öffentlichkeit. Die Bundeszentrale für politische Bildung sieht daher das „Deutschland Archiv“, für das sie seit 1992 verantwortlich ist, als ein unverzichtbares Kommunikationsmedium für die Wissenschaft und gleichzeitig als eine wichtige Informationsquelle für Politik und Gesellschaft in Deutschland an. Darüber hinaus aber hat die Bundeszentrale seit 1993 verstärkte Bemühungen unternommen, den Dialog zwischen den DDR-Forschern auf verschiedenen Kolloquien, beispielsweise in Kooperation mit der Europäischen Akademie Otzenhausen und der Gesellschaft für Deutschlandforschung, zu intensivieren. Denn wenn auch die Bundeszentrale für politische Bildung selbst keine Forschungsförderung betreiben kann, so kann sie gleichwohl dazu beitragen, durch diese Initiativen auch weiterhin sowohl den Erfahrungsaustausch zwischen den Wissenschaftlern zu fördern, als auch den Kontakt zwischen Wissenschaft und politischer Bildung enger zu gestalten, damit wesentliche Ergebnisse der aktuellen Forschungsarbeit publizistisch und im Rahmen von Bildungsveranstaltungen eine möglichst breite öffentliche Resonanz finden. Die Wissenschaftsforen des Ost-West-Kollegs in Brühl werden auch in Zukunft einem solchen regen Erfahrungsaustausch dienen. Auf diese Weise soll der Entstehung von Geschichtslegenden über die SED-Diktatur entgegengewirkt werden.

Neben der Veranstaltung von wissenschaftlichen Foren wird auch weiterhin unter Einbeziehung von Zeitzeugen und Wissenschaftlern in Seminaren und Tagungsveranstaltungen die Aufarbeitung von Geschichte, Kultur- und Rechtsentwicklung der beiden deutschen Staaten mit unterschiedlichen Zielgruppen fortgeführt. Neue Arbeitshilfen mit Basismaterial für die politische

Bildung in den neuen Ländern sowie Seminarmaterialien zum Umgang mit dem Nationalsozialismus werden dazu beitragen, die Beschäftigung mit diesem Thema zu erleichtern.

Für die Journalisten in Ostdeutschland werden in Ergänzung zum Journalisten-Programm ab 1997 Arbeitshilfen zu Verfügung gestellt, die u. a. bei der Vermittlung eines demokratischen Geschichtsverständnisses Hilfestellung leisten wollen.

Grundsätzlich geht es auch weiterhin darum, die in den alten Bundesländern verbreitete Unkenntnis über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu mindern. Die in den Jahren seit der Vereinigung zum Teil eher noch gewachsenen Vorurteile und Vorbehalte sowie die Verständnislosigkeit gegenüber Mitbürgern, die ihre persönliche und berufliche Entwicklung fast ausschließlich unter den Bedingungen des SED-Regimes in der DDR erlebt haben, sollen so abgebaut werden. Im Sinne der integrationspolitischen Aufgabe der politischen Bildung wäre es in diesem Zusammenhang auch, wenn in Zukunft mehr Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern fest in die Arbeit der Bundeszentrale eingebunden würden. Dann könnte auch mit noch mehr Glaubwürdigkeit für politische Bürgerbeteiligung und gesellschaftliches Engagement im Osten Deutschlands geworben werden.

Die Bundeszentrale für politische Bildung sieht ihr längerfristiges Ziel darin, die Bildungsarbeit zur Förderung und Vertiefung der deutschen Einheit in der allgemeinen politischen Bildungsarbeit aufgehen zu lassen. Deshalb wird es in den nächsten Jahren auch verstärkt darum gehen, das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß die gemeinsamen Zukunftsaufgaben in Deutschland nur gemeinsam bewältigt werden können. Auch für die politische Bildung ist der Integrationsprozeß erst dann als abgeschlossen zu betrachten, wenn ihre Aufgabenstellung in allen sechzehn Bundesländern in gleicher Weise wahrgenommen wird.

Politische Bildung wird auch in Zukunft unverzichtbar sein, um die demokratische und pluralistische Gesellschaft im Bewußtsein der Menschen in den neuen Bundesländern als jene Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verankern, die allen Mitgliedern der Gemeinschaft die größtmögliche Freiheit bietet. Die Vertiefung des Grundwertekonsenses unseres Gemeinwesens in allen Teilen der Bundesrepublik ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Zugleich muß die politische Bildung auch in Zukunft deutlich machen, daß demokratische politische Kultur auf das Engagement des mündigen Bürgers angewiesen ist.

Zusammenfassung

Demokratie versteht sich nicht von selbst. Sie muß erlernt und eingeübt werden. Nur wer ihre Spielregeln kennt, wird bereit sein, sich mit seinem Staat zu identifizieren und für dessen grundlegende Werte einzustehen. Hier liegt die wesentliche Aufgabe politischer Bildung: Sie lehrt die Funktionsweisen der Demokratie und ermöglicht so politische Teilhabe. Dies unterscheidet die politische Bildung im demokratischen Gemeinwesen wesentlich von der Staatsbürgerkunde in der DDR. Politische Bildung setzt an die Stelle von Ideologie eine wissenschaftlich fundierte Aufklärung, die historischer Legendenbildung und Verdrängung der Vergangenheit entgegenwirken will. In diesem Sinne kann sie auch zur Stiftung eines neuen „antitotalitären Konsenses“ beitragen.

Für die Bundeszentrale ist das Wirken für die deutsche Einheit ein zentraler Pfeiler ihrer bildungspolitischen Arbeit, zugleich aber auch konstitutiver Teil der allgemeinen Demokratievermittlung und somit untrennbar mit allen anderen Themen der politischen Bildungsarbeit verbunden. Inhaltlich geht es vor allem darum, das historische Bewußtsein der Bürger zu schärfen, den Verfassungskonsens zu vertiefen, Meinungsvielfalt zu fördern und Mündigkeit einzuüben.

1. Die erste und wichtigste Aufgabe politischer Bildungsarbeit zur Förderung des deutschen Einigungsprozesses war es, die Menschen in den neuen, der Bundesrepublik beigetretenen Ländern mit dem Wesen der Demokratie vertraut zu machen. Unmittelbar nach dem Fall der Mauer wurden Informationsmaterialien bereitgestellt, die einerseits über Demokratie, Rechtsstaat und soziale Marktwirtschaft informierten, andererseits historische Zusammenhänge erläuterten. Die sehr große Nachfrage nach den „Informationen zur politischen Bildung“ oder der „Politischen Zeitung“ (PZ), aber auch nach Überblicksdarstellungen, Schulmaterialien und Kartenwerken haben das erhebliche Interesse an solcher Grundlageninformation eindrücklich gezeigt. Über die rein institutionenkundliche Wissensvermittlung hinaus ist es von Beginn an immer auch darum gegangen, die Bereitschaft zur Identifikation mit den Grundwerten des demokratischen Staates zu fördern. Deshalb werden auf Tagungen und Seminaren demokratische Verhaltensweisen eingeübt und für eine Haltung der Toleranz und der kritischen Solidarität geworben. Politische Bildungsarbeit für die deutsche Einheit darf aber nie eine Einbahnstraße von West nach Ost sein. Mit Blick auf die Bürger der alten Bundesländer heißt das, daß Sensibilität für die Lebensumstände in einer Diktatur geschaffen und zudem verständlich gemacht werden muß, daß sowohl Ignoranz als auch Vorurteile und Arroganz die politische Kultur eines demokratischen Miteinander ersticken. Gefordert sind vielmehr Offenheit und Dialogbereitschaft.

Die Beschäftigung mit der eigenen jüngeren Geschichte ist ein wesentlicher Bestandteil politischer Bildungsarbeit. Seit ihrer Gründung im Jahre 1952 hat sich die Bundeszentrale nicht nur mit der westdeutschen Geschichte, sondern immer auch mit den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der

SBZ/DDR befaßt. So war es nur folgerichtig, nach dem Mauerfall historische Aufklärung zu leisten und Kenntnislücken zu schließen, die durch einseitige, ideologisch fixierte Geschichtsbilder während der SED-Herrschaft entstanden waren. Darüber hinaus galt es deutlich zu machen, daß es nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nur eine deutsche Nachkriegsgeschichte gibt, die die Geschichte aller Deutschen ist.

In der Schriftenreihe wurden insbesondere Überblicksdarstellungen und Nachschlagewerke auf breiter Quellengrundlage publiziert, die bis dahin auf dem Büchermarkt Mangelware waren. Die als Beilage zum „Parlament“ erscheinende Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ veröffentlicht regelmäßig Forschungsergebnisse zur Geschichte der DDR und der deutschen Einheit. Verschiedene Ausgaben der „Informationen zur politischen Bildung“, die vor allem zur Lehrerfortbildung, im Schulunterricht und an den Universitäten genutzt werden, befassen sich auf einem allgemein verständlichen Niveau mit der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die Hefte über die Bundesrepublik Deutschland wie über die DDR mußten aufgrund der sehr großen Nachfrage mehrfach neu aufgelegt werden.

Der historischen Aufklärung verpflichtet ist auch die Medienberatung der Bundeszentrale, die auf die vom Gesamtdeutschen Institut gesammelten Filme und Fernsehsendungen der DDR zurückgreifen kann; Historikern, Journalisten und Filmschaffenden erschließt sie einzigartig Originalquellen.

Auf den Tagungen und Seminaren der Bundeszentrale berichten die Teilnehmer sowohl über persönliche Erfahrungen vom Leben in einer Diktatur (dies zumeist in sogenannten Begegnungsseminaren). Zudem werden konkrete Fragen des Vereinigungsprozesses, wie die Situation der Opfer des SED-Regimes oder die Vergleichbarkeit totalitärer Systeme (Nationalsozialismus/ Kommunismus) zumeist unter Einbeziehung von Zeitzeugen intensiv diskutiert.

Ein Themenschwerpunkt ist natürlich auch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den NS-Verbrechen, die in der DDR ausschließlich zur eigenen antifaschistischen Selbstlegitimation geführt wurde. Die Publikations- und Tagungstätigkeit in diesem Bereich ist intensiv, die Dokumentation über die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in den neuen Bundesländern steht vor dem Abschluß. Die Israel-Reisen dienen der vertiefenden Auseinandersetzung und ermöglichen das Überdenken von Vorurteilen.

Will politische Bildung glaubwürdig sein, so darf sie die Schwierigkeiten des Vereinigungsprozesses nicht verschweigen. Der Verlust vertrauter Wertmuster, Arbeitslosigkeit, die Krise der Familie, aber auch die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt sind dabei ebenso zu thematisieren wie Rechtsextremismus und Gewalttätigkeit. Dabei zeigt sich immer wieder, daß der deutsche Einigungsprozeß nicht als ein isoliertes Phänomen verstanden werden darf, sondern im Kontext allgemeinpoltischer Entwicklungen betrachtet werden muß.

2. Von Beginn an war die Bundeszentrale darum bemüht, für ihre Tagungen und Seminarveranstaltungen kompetente Referentinnen und Referenten auch aus den neuen Bundesländern zu verpflichten. So ist es inzwischen guter Brauch, gerade in den Seminaren, bei denen es um die historische Aufarbeitung des DDR-Unrechts geht, Zeitzeugen, Opfer der DDR-Justiz, Mitarbeiter der „Gauck-Behörde“ und Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern einzuladen. Die Authentizität ihrer Berichte trägt in besonderer Weise dazu bei, den Westdeutschen die besonderen Lebensumstände in der DDR verständlich zu machen und zudem einer ahistorischen „Ostalgie“ entgegenzuwirken. Bei ihrer Publikationstätigkeit bemüht sich die Bundeszentrale, gleichermaßen Autoren aus den alten wie aus den neuen Bundesländern zu gewinnen. Die Wochenzeitung „Das Parlament“ hat einen eigenen Korrespondentenstamm in den neuen Ländern aufgebaut; auch beim Lokaljournalistenprogramm wie in der Lehrerweiterbildung haben sich die Kontakte zu Multiplikatoren und Meinungsführern, die schon bald nach der Wende geknüpft worden sind, bewährt. Bedauerlicherweise konnten bisher aufgrund der Stellensituation keine Bürger aus den neuen Bundesländern fest in die Arbeit der Bundeszentrale eingebunden werden.

Die Zusammenarbeit mit den selbständigen Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Ländern, für die die Bundeszentrale engagierte Aufbauarbeit geleistet hat, hat sich vertieft.

Der Aufbau freier Bildungsträger in den neuen Ländern wurde von der Bundeszentrale intensiv gefördert. Seit 1992 wurden in den neuen Bundesländern rund 13.400 Bildungsveranstaltungen mit ca. 24 Millionen DM gefördert. Etwa 340.000 Bürgerinnen und Bürger aus den neuen Bundesländern haben an diesen Veranstaltungen teilgenommen. Gleichwohl bestehen immer noch bei vielen freien Trägern große Probleme im Hinblick auf ihre finanzielle Grund-sicherung.

3. Auch in den neuen Bundesländern sind in erster Linie Multiplikatoren und Meinungsführer die klassischen Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit der Bundeszentrale. Darüber hinaus kann sich aber auch jeder interessierte Bürger (der sog. „Endverbraucher“) an die Bundeszentrale wenden. Von dieser Möglichkeit haben sehr viele Bürger der neuen Bundesländer in den letzten Jahren Gebrauch gemacht. Den unterschiedlichen Interessen der Zielgruppen wird mit einer Vielzahl von Publikationen und Tagungsangeboten Rechnung getragen. Die Tagungen und Seminare werden vornehmlich von Multiplikatoren besucht. Kongresse und wissenschaftliche Foren bieten Wissenschaftlern die Möglichkeiten zu einem fächerübergreifenden Erfahrungsaustausch.

Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Politik-/ Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde sind die wichtigsten Vermittler politischer Bildung in der Schule. In den neuen Ländern hat es allerdings an qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern gemangelt, die nach dem Wegfall des ideologisierten Faches Staatsbürgerkunde ein Fach der politischen Bildung unterrichten konnten. Die Bundeszentrale unterstützt deshalb verschiedene Projekte der Lehrerweiterbildung in den neuen

Bundesländern, die von einem 6-semestrigen Fernstudiengang mit abschließendem Staatsexamen über ein Modellprojekt zur Umqualifizierung von Grund- und Hauptschullehrern bis zu einwöchigen „Crash-Kursen“ reichen. Die Erfahrungen der Absolventen zeigen, welchen Schwierigkeiten sich Lehrer bei der pädagogisch-didaktischen Neuorientierung gegenübersehen; sie unterstreichen aber auch die Willens- und Entschlußkraft der Betroffenen, sich in der Demokratie zurechtzufinden.

Die Berichterstattung in der Lokalpresse spielt eine entscheidende Rolle bei der eigenen politischen Urteilsbildung. Deshalb hat die Bundeszentrale ihr Lokaljournalisten-Programm auf die neuen Länder ausgedehnt und ein qualitätsförderndes Netzwerk entwickelt. An den Seminaren und Tagungen haben inzwischen mehr als 1000 Journalisten teilgenommen.

4. So unterschiedlich wie die Erwartungen der Zielgruppen sind auch die bildungspolitischen Maßnahmen selbst. Grundsätzlich gilt es, Lern-, Seh- und Erlebnisgewohnheiten der Zielgruppe zu berücksichtigen. Neben Publikationen verschiedenster Art sind Tagungen und Seminare die klassischen Veranstaltungen politischer Bildung. In den ersten Jahren nach der Wende stießen insbesondere Begegnungsseminare auf große Resonanz. Inzwischen ist das Interesse an diesen Begegnungsseminaren zurückgegangen, im Vordergrund steht vielmehr der Wunsch nach Veranstaltungen, in denen Teilnehmer aus allen Bundesländern gemeinsam aktuelle politische Probleme behandeln.

Politische Bildung aber findet auch statt auf Film- oder Theaterfestivals, bei Wettbewerben, mit Computerspielen und Filmen. Auf diese Weise können auch Menschen angesprochen werden, die der politischen Bildung eher distanziert gegenüberstehen.

5. Für die Bundeszentrale hat auch in den nächsten Jahren die Förderung der inneren Einheit höchste Priorität. Dabei geht es um eine offene und ehrliche Beschäftigung mit der Geschichte. Neben der Fortführung der Publikationstätigkeit in den eingeführten Medien ist hier die Veröffentlichung von Themenheften zur deutschen Zeitgeschichte, die sich insbesondere der Materialien der Enquete-Kommission bedienen will, geplant. Die Kooperation mit Bürgerinitiativen, interessierten Arbeitsgruppen und Verbänden, die sich der Aufarbeitung der Geschichte der DDR widmen, soll und kann intensiviert werden.

Nach bestehender Erlaßlage ist es der Bundeszentrale nicht möglich, Forschungsförderung aktiv zu betreiben. Gleichwohl wird sie sich auch in den nächsten Jahren darum bemühen, den Dialog zwischen den Deutschland-Forschern – wenn möglich, auch über die deutschen Grenzen hinaus – zu intensivieren, indem sie wissenschaftliche Foren und Kolloquien veranstaltet. Auf diese Weise wird sich der notwendige Kontakt zwischen politischer Bildung und Wissenschaft weiter vertiefen und somit Forschungsergebnissen eine breitere öffentliche Resonanz verschafft.

Für die Bundeszentrale für politische Bildung war die deutschlandpolitische Bildungsarbeit immer ein integraler Bestandteil ihres gesamten Bildungsange-

botes. Dies wird auch in Zukunft so sein. Langfristig wird die Förderung der deutschen Einheit aufgehen in der für jede Generation neu sich stellenden politischen Bildungsaufgabe. Es wird darum gehen, das Bewußtsein der Menschen in diesem Lande dafür zu schärfen, daß die gemeinsamen Zukunftsaufgaben in einem demokratischen Deutschland und einer friedlichen Welt nur von allen gemeinsam bewältigt werden können.

Anhang zum Bericht an die Enquete-Kommission

Querschnittsdarstellung der Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung des Prozesses der deutschen Vereinigung

- I. Maßnahmen der Bundeszentrale 1990-1996
 - A) Printmedien
 - Wochenzeitung „Das Parlament“
 - „Aus Politik und Zeitgeschichte“
 - „Informationen zur politischen Bildung“
 - „Politische Zeitung“ (PZ)/ Wir in Europa
 - „Politisches Lernen mit PZ“
 - „Arbeitshefte Medienberatung“
 - „Zeitlupe“
 - Schülerkalender zur politischen Bildung
 - Schriftenreihe/ Einzelpublikationen/ Buchankauf
 - „Deutschland-Archiv“
 - „Kontrovers“
 - „Arbeitshilfen für die politische Bildung“
 - „Annotierte Bibliographie“
 - „Thema im Unterricht“
 - Wandkalender
 - Plakataktion
 - Schülerwettbewerb
 - B) Medienarbeit
 - Filme
 - Datenbank zu den Sendungen des DFF
 - C) Seminare/ Tagungen/ Fortbildung
 - Begegnungsseminare
 - Modell- und Schwerpunktveranstaltungen
 - Fortbildungsseminare für Fernseh- und Hörfunkjournalisten
 - Journalisten-Programm
 - Lehrerfortbildung
 - Israel- Studienreisen
 - D) Förderung von freien Trägern
- II. Geplante Projekte
 - A) Printmedien
 - „Themenhefte zur deutschen Zeitgeschichte“
 - „Aus Politik und Zeitgeschichte“
 - Schriftenreihe
 - „Arbeitshilfen für die politische Bildung“
 - Gedenkstättendokumentation
 - „Arbeitshefte Medienberatung“
 - Arbeitshilfen „Historische Themen 1947-1949 für die Lokalzeitung“
 - Schülerkalender
 - B) Seminare/ Veranstaltungen/ Tagungen

Israel-Studienreisen
Datenbank zu den Sendungen des DFF

I. Maßnahmen der Bundeszentrale 1990-1996

A) Printmedien

Wochenzeitung „Das Parlament“

Die Wochenzeitung „Das Parlament“ berichtet über Diskussionen und Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat, aus Landtagen und europäischen Institutionen sowie über Fragen der internationalen Politik; neue „politische“ Bücher werden rezensiert.

Kontinuierliche Berichterstattung zu folgenden Aspekten der deutschen Einheit:

- Entwicklungen in den fünf neuen Bundesländern
- Deutsche Nachkriegsgeschichte und Ereignisse der jüngsten deutschen Vergangenheit
- Ostdeutsche Biographien
- Veranstaltungen und Tagungen in den neuen Bundesländern
- Parlamentarische Aktivitäten im Zusammenhang mit Vereinigungsproblemen, wie etwa die Tätigkeit der beiden Enquete-Kommissionen zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur
- Probleme ehemaliger Ostblockstaaten im Transformationsprozeß
- Neue weltpolitische Rolle Deutschlands

Themenausgaben zum Problem Innere Einheit:

- „Der lange Abschied der DDR“ (38/90),
- „Probleme und Perspektiven der Deutschen Einheit“ (9/91)
- Vorstellung der fünf neuen Bundesländer in je einer Themenausgabe (1991)

Zielgruppe: politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger

Autoren/ Kooperationspartner: Korrespondenten aus West- und Ostdeutschland, die kompetent und authentisch berichten können (Journalisten, Wissenschaftler, Praktiker, Politiker)

Auflage: 105.000 Stück wöchentlich (seit 1990 Erhöhung der Auflage um 25.000)

„Aus Politik und Zeitgeschichte“ – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“

Die Zeitschrift enthält Beiträge von Wissenschaftlern zu den Themenkomplexen Geschichte, Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur. Aus der Vielzahl der

Beiträge werden hier Beispiele zur Verdeutlichung der thematischen Schwerpunktsetzung genannt.

Aufarbeitung der DDR-Geschichte

- Reformbewegung, Volksbewegung (J. Wielgoths u. M. Schulz, 16- 17/1990)
- 17. Juni 1953 (A. Mitter, 5/1991; T. Diedrich 25/1993; M. Gehler, 25/1993)
- Die Arbeiterproteste von 1956 (S. Wolle, 5/1991)
- Die Rolle des MfS bei den ersten freien Wahlen in der DDR (J. Laufer, 5/1991)
- Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR (Ch. Kleßmann, 5/1991)
- Zur Aufarbeitung des Stasiproblems in den Kirchen (E. Neubert, 21/1992)
- Aufarbeitung des SED-Unrechts (R. Wassermann, 4/1993)
- Die geheimen Lager der Stasi (H. Knabe, 4/1993)
- Die Zentralen Stellen in Ludwigsburg und in Salzgitter (C. Hoffmann, 4/1993)
- Die DDR in der deutschen Geschichte (W.J. Mommsen, 29-30/1993)
- Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR (J. Kocka, 40/1994)
- Die Ahndung des SED-Unrechts durch den Rechtsstaat (F.W. Fricke, 38/1995)
- Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR (H. Weber, 6-17/1996)
- Die ideologische Kontrolle der DDR durch das Ministerium für Staatssicherheit (S. Mampel, 20/1996)
- Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger (K.U. Mayer/ M. Diewald, 46/1996)

Gesellschaft

- Familien im gesellschaftlichen Wandel: Herausforderungen an eine künftige Familienpolitik im geeinten Deutschland (M. Wingen, 14-15/1991)
- Kindheit im Umbruch. Biographien ostdeutscher Kinder (H.-H. Krüger u. a. 24/1993)
- Zum Wohnungs- und Städtebau in den ostdeutschen Ländern (J. Rostock, 29/1991)
- Ältere Menschen in den neuen Ländern (K.-P. Schwitzer, 29-30/1992)
- Jugend in der Krise. Ostdeutsche Jugendliche zwischen Apathie und politischer Radikalisierung (D. Oesterreich, 19/1993)
- Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung (K. Seiring, 20/1995)

Frauen

- Frauen in der DDR (H.-M. Nickel, 16-17/1990)
- Frauenerwerbslosigkeit in den neuen Bundesländern (G. Engelbrech, 6/1994)
- Wandel und Brüche in Lebensentwürfen von Frauen in den neuen Bundesländern (L. Böckmann-Schewe u. a., 6/1994)

- Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und im vereinten Deutschland (R. Geißler, 14-15/1991)
- Ostdeutsche Frauen im Transformationsprozeß. Eine soziologische Analyse zur sozialen Situation ostdeutscher Frauen (U. Schröter, 20/1995)

Wirtschaft

- Die Wirtschaft der DDR im Wandel (G. Gutmann, 33/1990)
- Zur Beschäftigungssituation in den neuen Ländern (K. Belwe, 29/1991)
- In die beschäftigungspolitische Abseitsfalle? Die Gesellschaften zur Arbeitsförderung (W. Beywl u. a., 35/1993)
- Produktionsstandort Ostdeutschland (F. Klinger u. a., 17/1994)
- Treuhandanstalt: Bilanz und Perspektiven (B. Breuel, 43-44/1994)
- Zur Lage der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern (H. Mittelbach, 33-34/1995)
- Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Zwischen Transformation und Standortdebatte (W. Schroeder, 40/1996)
- Existenzgründer in Ostdeutschland. Pioniere einer neuen Wirtschaftskultur (F.W. Heuberger/ D. Tänzler, 15/1996)
- Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas (H. Wiesenthal, 40/1996)

Deutsch-deutsche Beziehungen

- Zur moralisch-politischen Erneuerung im Einigungsprozeß (G. Lange, 19/1991)
- Prägungen und Wandlungen ostdeutscher Identitäten (D. Klose, 41/1994)
- Mentalitätsunterschiede im wiedervereinigten Deutschland? Das Beispiel zweier ländlicher Gemeinden (W. Gebhard/ G. Kamphausen, 16/1994)
- Zwischenbilanz: Fünf Jahre deutsche Vereinigung (W. Thierse, R. Eppelmann, E. Brähler, H.-E. Richter, H. Meulemann, 40-41/1995)

Deutsche Frage und Europa

- Ökonomische Probleme der deutschen Einheit und europäischen Einigung
- Die deutsche Frage und ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Siegermächte (S. Fröhlich, 29/1990)
- Regionale Strukturpolitik in den neuen Bundesländern unter Berücksichtigung des EU-Engagements (K. Toepel, 49/1995)

Literatur

- Zum Streit um die SchriftstellerInnen in der DDR (A. Grunenberg, 44/1990)
- Eigenständigkeit und Eigenart der DDR-Literatur (U. Heukenkamp, 41-42/1991)
- Beispiele literarischer Selbstdarstellung nach dem Ende der DDR (M. Jäger, 41/1992)
- Der Wandel der Kulturstrukturen in den neuen Bundesländern (T. Strittmatter, 22-23/1993)

- Literatur als Lebenswelt. Frühe Erfahrungen eines späteren Verlegers in der DDR (R. Links, 10/1994)
- Rückblick auf die Literatur der DDR (W. Emmerich, 13-14/1996)
- Deutsche PEN-Geschichten. Eine Aktenlese (F. Dieckmann, 13-14/1996)

Wissenschaften

- Kritische Bilanz der Vereinigung der Wissenschaften Ost und West (A. Stucke W. Krull, D. Simon, J. Gläser, 51/1992)
- Bestandsaufnahme der Umstrukturierungsmaßnahmen der Forschungs- und Hochschullandschaft (G. Neuweiler, W. Schluchter, 25/1994)

Zielgruppe: Wissenschaftler, historisch und politisch interessierte Leser mit Vorkenntnissen

Autoren: Wissenschaftler, Fachleute aus der Praxis

Auflage: 105.000

Resonanz: Sehr gut, insbesondere auch in der Fachwelt

„Informationen zur politischen Bildung“

Dieser „Klassiker“ der politischen Bildung, der in erster Linie für Schüler und Lehrer gemacht wird, aber zunehmend auch an Universitäten genutzt wird, ist das meistvertriebene und -gelesene Produkt der Bundeszentrale. Vier Ausgaben erscheinen pro Jahr; die Themenauswahl orientiert sich an Richtlinien und Lehrplänen der Kulturministerien für die politische Bildung.

Themenschwerpunkte zur Deutschen Einheit:

- Geschichte der DDR (1991)
- Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (Neudruck 1991)
- Die Teilung Deutschlands 1945-1955 (1991)
- Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit (1991)
- Internationale Beziehungen I. Der Ost-West-Konflikt (1994)
- Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre (1996)
- Frauen in Deutschland (1997)

Zielgruppe: Lehrer, Schüler, politisch Interessierte

Autoren: Wissenschaftler, Pädagogen

Erstauflage: 1,2 Millionen Stück

Resonanz: großes Interesse

„Politische Zeitung“ (PZ) / Wir in Europa

Die „Politische Zeitung“ PZ wurde 1992 mit dem Magazin „Wir in Europa“, das bis dahin vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen herausgegeben wurde, zusammengeführt. Sie ist eine locker aufgemachte illustrierte Zeitschrift, die für die Demokratie werben will. Ein redaktioneller Leitsatz lautet: „Schreiben für die innere Einheit“.

Themenhefte speziell mit Blick auf die Leser in den neuen Bundesländern:

- „Jung sein ... Ja – wie ist es denn damit?“ mit einer Begrüßung der neuen Leser in der DDR und ersten „Begegnungs“-Themen (1990)
- „Wir sind das Volk ... aber niemals einer Meinung“

Thema: Demokratie/ Pluralismus (1990)

- „Der dritte Weg...“

Thema: Soziale Marktwirtschaft (1990)

- „Unsere kleine Stadt“

Thema: Kommunalpolitik (1991)

- „Wir sind ein Volk – aber was für eins“

Thema: Nation (1991)

- „Vergessen, vergeben, verarbeiten?“

Thema: Vergangenheit mit einem Sonderteil Brandenburg (1992)

- „Das nicht mehr geteilte Deutschland ... zwei Jahre danach“

Bilanz der Wiedervereinigung am Beispiel der Stadt Eisenach (1992)

- „Justiz, Bürokratie, Gerechtigkeit“

Thema: Rechtsstaat mit einem Sonderteil Sachsen-Anhalt (1992)

Thema: Innere Sicherheit mit einem Sonderteil Freistaat Sachsen (1993)

Thema: Kultur in der Krise mit einem Sonderteil Bundesland Berlin (1994)

- „Wir sind wieder wer – wer sind wir...? Thema: Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des wiedervereinigten Deutschlands (1995)
- „Die vergessenen Jahre: SBZ – das sowjetisch besetzte Deutschland 1945-1949“ (1996)

Zielgruppe: Alle politisch Interessierten

Autoren: Journalisten aus den alten und zunehmend aus den neuen Bundesländern

Auflage: 1 Mio Stück. Davon 150.000 Stück in die neuen Bundesländer

„Politisches Lernen mit PZ“

Diese Lose-Blatt-Sammlung enthält Grundinformationen zum Thema „Lehren und Lernen lernen“ und bietet Ideen und Handreichungen bezogen auf jede PZ-Ausgabe.

Zielgruppe: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der schulischen und außerschulischen politischen Bildung und alle, die mit „PZ“ politischen Unterricht gestalten.

Autoren: Journalisten

Resonanz: positiv

„Arbeitshefte Medienberatung“

Im Rahmen der Medienberatung der Bundeszentrale wurden vier Themenhefte mit Begleitmaterialien (Video-Kassetten, Poster, Bildhefte) zu folgenden Inhalten erarbeitet:

- Der Wandel des Preußenbildes in den DDR-Medien
- Frauenbilder in den DDR-Medien
- Die Bundesrepublik im Spiegel der DDR-Medien
- Nationalsozialismus und Judenverfolgung in den DDR-Medien

Zielgruppe: Lehrer, Film- und Fernsehproduzenten, Zeithistoriker, Journalisten, Archivare

Autoren/ Kooperationspartner: Regisseure, Drehbuchautoren der vorgestellten Filme, Zeitzeugen des DFF und der DEFA, Filmmuseum in Potsdam, Haus der Geschichte/ Bonn, Universität Oldenburg, Deutsches Rundfunkarchiv, Berlin

„Zeitlupe“

In der Zeitlupe werden zeitkritische Themen „unter die Lupe“ genommen und für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 gut verständlich dargestellt. Methodisch-didaktische Anregungen ergänzen die einzelnen Bände.

Ausgaben zum Themenschwerpunkt „Deutsche Einheit“

- Bundesrepublik 1949-1969 (1989):
Eine historisch angelegte Darstellung, die auch in den Schulen der DDR großes Interesse fand.
- Soziale Marktwirtschaft (1990)
Anhand fiktiver Telefonate zwischen westdeutschen und ostdeutschen Jugendlichen unter Beteiligung eines westdeutschen Wirtschaftsprofessors als „Experten“ wird das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland erläutert.
- Europa (1991)
Mit zahlreichen spielerischen Elementen informiert das Heft über europäische Institutionen wie KSZE und Europaparlament, über die Mitgliedsstaaten der EG, über die Auswirkungen europäischer Politik und den europäischen Binnenmarkt.

- **Unsere Gemeinde (1992)**

Das Heft informiert über Aufgaben der Gemeindeverwaltung, Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung, den Weg kommunalpolitischer Beschlußfassung, Typen der Kommunalverfassung u. a. in Thüringen und gibt Tips zum Umgang mit der Verwaltung.

- **Berufswahl (1993)**

Auch mit Blick auf die Jugendlichen in den neuen Bundesländern werden Informationen über Berufsberatung, Berufspraktika, die duale Berufsausbildung sowie über Wissenswertes bei Bewerbungen gegeben.

- **Menschen auf der Flucht (1995)**

Nach Schilderung der Fluchtbewegungen in Jugoslawien und in der Dritten Welt werden auch die Gründe für die Flucht aus der ehemaligen DDR genannt.

- **Vorurteile (1996)**

Das Heft fordert die Schülerinnen und Schüler dazu auf, sich mit Vorurteilen u. a. unter Jugendlichen, aber auch zwischen den Geschlechtern, Generationen und Völkern auseinanderzusetzen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit werden in diesem Zusammenhang ebenfalls behandelt.

Zielgruppe: Schulen mit Sekundarstufe 1

Autoren: Pädagoginnen und Pädagogen

Auflage: 500.000 Stück

Schülerkalender zur politischen Bildung

Der Schülerkalender (seit 1996 Jugendkalender), den alle am Schülerwettbewerb der Bundeszentrale (s. unten) beteiligten Schulklassen erhalten, behandelt in kurzen Beiträgen aktuelle Themen und wichtige historische Ereignisse.

Themenschwerpunkte zur deutschen Einheit

- 1990/1: Bericht über Entstehung und Öffnung der Berliner Mauer
- 1991/2: Kurzvorstellung aller deutschen Bundesländer
- 1992/3: Bericht über den 17. Juni 1953
- 1993/4: Bericht über die Luftbrücke nach Berlin
- 1994/5: Berichte über Aufklärungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit in Berlin und Brandenburg; über die Geschichte Thüringens; Präsentation einer Schülerarbeit des Schülerwettbewerbs zur Einstellung gegenüber Ausländern in Grabow/ Mecklenburg-Vorpommern.
- 1995/6: Schülerarbeit über das Freizeitangebot der Stadt Zehdenick/ Brandenburg (Schüler-Wettbewerb 1994)
- 1996/7: Schülerarbeit über eine Zwischenbilanz zum Thema „Fünf Jahre Deutsche Einheit“ (Schüler-Wettbewerb 1995)

Zielgruppe: alle Schulklassen, die am Schülerwettbewerb teilgenommen haben (Jahrgangsstufen 6-11)

Autoren: Schülerzeitungsredakteure, Pädagogen und Pädagoginnen, Journalistinnen und Journalisten

Schriftenreihe

In der Schriftenreihe veröffentlicht die Bundeszentrale Standardpublikationen zu Themenschwerpunkten der politischen Bildung, die der wissenschaftlich fundierten, umfassenden und zugleich differenzierten Orientierung dienen.

Schriftenreihebände, die als Eigenpublikationen herausgegeben werden
(Auflagenangaben ohne Mitdrucke der Landeszentralen für politische Bildung)

- 1989
Weidenfeld, Werner/ Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989; 50.000
- 1990
Langguth, Gerd (Hrsg.), Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit; Auflage: 135.000
- 1991
Kleßmann, Christoph, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 5. überarbeitete und erweiterte Ausgabe; Auflage: 160.000
- 1992
Jesse, Eckhard/ Mitter, Armin (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft; Auflage: 30.000
- 1993
Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.), Frauen in Deutschland 1945-1992; Auflage: 20.000
Otto, Hans-Uwe/ Merten, Roland (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Auflage: 27.000
- 1995
Lehmann, Hans Georg, Deutschland-Chronik 1945-1995; Auflage: 30.000
- 1996
Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Neuausgabe; Auflage: 20.000

Einzelpublikationen

- 1990
Benz, Wolfgang, Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR. Chronik – Dokumente – Bilder; Auflage: 35.000
Marienfeld, Wolfgang, Die Geschichte des Deutschlandproblems im Spiegel der politischen Karikatur; Auflage: 23.000

- 1991
Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit; Auflage: 62.000
- 1992
Geissler, Rainer, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland; Auflage: 35.000
Pannen, Stefan, Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten; Auflage: 10.000
- 1993
Groth, Joachim-Rüdiger (Hrsg.), Literatur im Widerspruch. Prosa aus 40 Jahren DDR; Auflage: 13.000
- 1994
Jäger, Manfred, Kultur und Politik in der DDR. Ein historischer Abriß; Auflage: 12.000
- 1995
Helwig, Gisela (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR; Auflage: 12.000
- 1996
Deutscher Bundestag (Hrsg.), Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ im Deutschen Bundestag, Bd. 1; Auflage: 3.000
Kuhrt, Eberhard (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus (1). Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch; Auflage: 2.000
Kuhrt, Eberhard (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus (2). Die wirtschaftliche und ökologische Situation; Auflage: 2.000
Mählert, Ulrich/ Stephan, Gerd-Rüdiger: Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend; Auflage 10.000
Weidenfeld, Werner/ Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit. Neuausgabe; Auflage: 15.000
Ankauf von 27 Verlagspublikationen zum Themenkreis deutsche Einheit
- 1991
Leipziger Demontagebuch (Gustav Kiepenheuer Verlag Leipzig);
Schäfers, Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland;
Friedrich/ Griese, Jugend und Jugendforschung in der DDR;
Naujoks, Ökologische Erneuerung der ehemaligen DDR;
Weber, DDR – Grundriß der Geschichte;
Richter, Die Ost-CDU 1948-1952;
Sauer/ Plumeyer, Der Salzgitter Report;
Bürgerkomitee Leipzig, STASI intern (Forum Verlag);
v.Sternburg (Hrsg.), Geteilte Ansichten über eine vereinte Nation;

- 1992
Fritsch-Bournazel, Europa und die deutsche Einheit;
Hättich, Politische Bildung nach der Wiedervereinigung;
Kukutz/ Havemann, Geschützte Quelle (Basis Druck Verlag);
Fricke, MfS intern;
Rüther, Greif zur Feder Kumpel;
Gill/ Schröder, Das Ministerium für Staatssicherheit;
Hacker, Deutsche Irrtümer;
Richter, Erlangte Einheit – verfehlte Identität (Kontext Verlag);
Cerny u. a., Wer war wer in der DDR (Chr.Links Verlag);
Bender, Unsere Erbschaft;
- 1993
Fuchs/ Hieke, Dummgeschult? (Basis Druck Verlag);
Siebert, Das Wagnis der Einheit;
- 1994
Eckert u. a., Hure oder Muse? (Gesellschaft Soz.wiss. Forschung und Publizistik Berlin);
Niethammer, Der gesäuberte Antifaschismus (Akademie Verlag);
- 1995
Barth u. a. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR;
Hering/ Lützenkirchen, „Anders werden“. Die Anfänge der politischen Erwachsenenbildung in der DDR (Ostberliner Verlag);
- 1996
Emmerich, Kleine Literaturgeschichte der DDR (Gustav Kiepenheuer Verlag Leipzig);
Fuchs/ Reuter (Hrsg.), Bildungspolitik seit der Wende;
Malycha (Hrsg.), Auf dem Weg zur SED;
Neugebauer/ Stöss, Die PDS;
Poppe u. a. (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung (Chr.Links Verlag);
Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht (Chr.Links Verlag);

Zielgruppen: Multiplikatoren der politischen Bildung sowie politisch Interessierte

Autoren : Historiker, Politologen, Pädagogen gleichgewichtig aus den alten wie den neuen Bundesländern

Resonanz: insbesondere bei Überblicksdarstellungen sehr gut

„Deutschland-Archiv“

Die Aufgabe dieser Zeitschrift ist es, den Vereinigungsprozeß auf wissenschaftlicher Grundlage zu begleiten. Nach der Auflösung des Gesamtdeutschen Instituts hat die Bundeszentrale für politische Bildung die Finanzierung des „Deutschland-Archivs“ zur Zeit mit jährlich DM 800.000 übernommen.

„Kontrovers“

Ausgewählte Quellentexte zu aktuellen Themen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Zeitgeschichte zur Vermittlung eines Überblicks über kontroverse öffentliche Diskussionen und Standpunkte.

- Die Wende in der DDR (1990)
- Arbeitsmarktpolitik (1996)

Zielgruppe: Sekundarstufe 2

Kooperationspartner/ Autoren: Fachlehrer, freie Autoren

Erstauflage: 30.000 Stück

Resonanz: hohe Nachfrage

„Arbeitshilfen für die politische Bildung“

Diese Reihe beinhaltet didaktisch aufbereitetes Lehr- und Lernmaterial für die außerschulische politische Bildungsarbeit, insbesondere für die Seminar- und Tagungsarbeit.

- „Ein Schulkonflikt in der DDR – Dokumente und Leitfaden/ Kommentar“ (1993)

Ein Konflikt zwischen Schülerinnen, Schülern und Schulleitung an der „Carl von Ossietzky“-Oberschule in Berlin-Pankow im Herbst 1988 wird in diesen Materialien politikdidaktisch aufbereitet. Die Arbeitshilfen leuchten die unterschiedlichen Ebenen des Konflikts aus, bei dem alle im Bereich der Volksbildung relevanten Organisationen auf allen Hierarchieebenen einbezogen waren. Anhand dieses Beispiels ganz alltäglicher Unterdrückungsmechanismen werden Machtmißbrauch der Administration im SED-Staat und Widerstandsmöglichkeiten sowie das Problem der Zivilcourage im Alltag thematisiert. Durch die unmittelbare Konfrontation mit den authentischen Dokumenten und durch die didaktischen Methoden der „Reportage“, der „Simulation“ und des „Tribunals“ machen diese Arbeitshilfen die Verhältnisse in der DDR, wie verschiedene Seminare gezeigt haben, nacherlebbar.

Zielgruppe: Multiplikatoren, politisch Interessierte

Autoren/ Kooperationspartner: Alle Beteiligte des Konflikts, Pädagogen, Wissenschaftler aus den alten und den neuen Bundesländern

Auflage: 10.000

Resonanz: sehr positiv bei Seminarteilnehmern sowie in der Fachpresse

- „Gemeinsam sind wir unterschiedlich – Deutsch-deutsche Annäherungen“ (1993)

Die Lehr- und Lernmaterialien sollen zum besseren Verständnis zwischen den Menschen in den ehemals getrennten Teilen Deutschlands beitragen und für Toleranz auf beiden Seiten werben. Thematisiert werden die unterschiedlichen Lebensstile und Mentalitäten sowie ihre Auswirkungen auf Einstellungen, Werthaltungen und Lebensorientierungen in Ost- und Westdeutschland.

Arbeit, Jugend und Schule, Frauen, Familie, Generationen in Ost- und Westdeutschland sowie Leben und Alltag mit Fremden sind hierbei wichtige Stichworte. West- und ostdeutsche Situation werden dazu parallelisiert. Die Materialien sind authentisch aufbereitet und geben nützliche didaktisch-methodische Anregungen für die Seminararbeit.

Zielgruppe: Multiplikatoren in der Erwachsenenbildung

Autoren/ Kooperationspartner: Pädagogen, Sozialwissenschaftler aus Ost- und Westdeutschland

Auflage: 10.000

Resonanz: Sehr gut, große Nachfrage

- Handreichungen für die nebenberufliche Qualifikation (NQ) in der Erwachsenenbildung (1994, Nachdrucke 1995 und 1996)

Die aktualisierte und mit Blick auf die neuen Bundesländer um eine fachbezogene Lerneinheit „Politische Bildung“ erweiterte Fassung dieser Arbeitshilfen ist eine grundlegende Einführung in die Methodik politischer Bildung. Sie dient der pädagogischen Grundqualifizierung für eine – nicht nur nebenberufliche – lehrende Tätigkeit in der Erwachsenen-/Weiterbildung: Was sollte man wissen und können, wenn man Seminare und Kurse leiten will, was ist wichtig für die Vorbereitung? Einige Fallbeispiele heben speziell auf die Situation von Lehrenden in den neuen Bundesländern ab. Die Lerneinheit „Politische Bildung“ enthält Szenen aus der Bildungsarbeit im Vereinigungsprozeß, pointierte Erfahrungen mit politischer Schulung in der DDR sowie eine akzentuierte Darstellung der Leitideen der Geschichte politischer Bildung in Westdeutschland.

Zielgruppe: haupt- und nebenberuflich Lehrende in der Erwachsenenbildung

Autoren/ Kooperationspartner: Zentrum für Wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) der Universität Oldenburg mit Begleitung durch einen Expertenkreis aus den neuen Bundesländern

Auflage: 22.000

Resonanz: sehr gut, große Nachfrage

„Annotierte Bibliographie“

In der AB werden Neuerscheinungen aus den Bereichen Politik, Zeitgeschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Kultur sowie Internationale Beziehungen besprochen und auf ihren Nutzen für die politische Bildungsarbeit hin befragt.

Zielgruppe: Multiplikatoren

Autoren: Wissenschaftler, Pädagogen, Lehrer, Multiplikatoren der politischen Bildung aus West- und Ostdeutschland

Auflage: 10.000 Stück

„Thema im Unterricht“

Bei dieser Reihe handelt es sich um Lehrmaterialien für den Politik- und Sozialkundeunterricht der weiterführenden Schulen speziell in den neuen Bundesländern. Jede Ausgabe besteht aus einem Arbeitsheft und einem Lehrerheft, die Auszüge aus Zeitungen und Büchern, Karikaturen, Schaubilder, Statistiken etc. enthalten. Bisher sind in dieser Reihe, die primär die Demokratie und ihre Institutionen behandelt, folgende Themenhefte erschienen:

- Stadt und Gemeinde
- Parteien, Bürger und Wahlen
- Markt statt Plan
- Europa für Einsteiger
- Bund und Länder
- Umweltfragen
- Status, Schicht, Milieu
- Die öffentliche Meinung
- Grundgesetz für Einsteiger

Zielgruppe: Sozialkunde- und Politiklehrerinnen und -lehrer an weiterführenden Schulen in den neuen Bundesländern

Autoren/ Kooperationspartner: Lehrerinnen und Lehrer aus den alten und neuen Bundesländern

Auflage: 25.000 Lehrerheft, 60.000 bis 80.000 Arbeitsheft

Resonanz: sehr gut; 1995 wurden auf Nachfrage 500 000 Stück versandt

Wandkalender

- 1992

Der Wandkalender „Deutschland in Europa“, der anhand landeskundlich-historischer, wirtschafts- und sozialgeographischer Themen die Einbettung Deutschlands in Europa anschaulich machen wollte, rückte insbesondere Bilder aus den neuen Bundesländern und Osteuropa in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

- 1994

Der Wandkalender „Deutsch-deutsche Begegnungen“ mit Fotografien vornehmlich ostdeutscher Künstlerinnen und Künstler zum Alltagsleben im vereinten Deutschland hat zu Diskussionen angeregt – nicht zuletzt über die Frage des künstlerisch-ästhetischen Umgangs mit der jüngsten deutschen Geschichte.

Plakataktion

1992 wurde die Plakataktion „Für Toleranz und Menschenwürde“ in den neuen Bundesländern durchgeführt.

Schülerwettbewerb

Jedes Jahr findet bundesweit ein Schülerwettbewerb zur politischen Bildung statt, an dem sich Schulklassen aller Schularten beteiligen können. Wettbewerbsaufgaben, die speziell Fragen zur DDR-Geschichte bzw. Fragen zur Deutschen Einheit zum Inhalt haben, werden regelmäßig ausgeschrieben.

- 1990: Ende der Teilung – Aufbruch in der DDR zum demokratischen Deutschland.

Die Jugendlichen waren aufgefordert, sich mit den politischen Veränderungen in der DDR – unter den Stichworten Montagsdemonstration, Fluchtbewegungen, „Wir sind ein Volk“ – auseinanderzusetzen und die Hintergründe für den Zusammenbruch des DDR-Regimes auszuleuchten.

Resonanz: Mit 654 Einsendungen nahm diese Aufgabe den 3. Platz in der Beliebtheitsskala ein. Insgesamt stammten mehr als 50% aller eingesandten Arbeiten (etwa 3000) aus den neuen Bundesländern.

- 1991: Neue Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Das Kennenlernen der fünf neuen Bundesländer stand im Mittelpunkt dieser Wettbewerbsaufgabe.

Resonanz: Diese Thematik stieß auf sehr hohe Resonanz: 40 % aller Einsendungen behandelten diese Aufgabe. Wiederum stammten mehr als die Hälfte aller eingesandten Arbeiten aus den neuen Bundesländern.

- 1991: Besuch aus Deutschland

Diese Aufgabe galt der Kontaktaufnahme zwischen Schülern/ Jugendlichen im jeweils anderen Teil Deutschlands. Das gegenseitige Kennenlernen von Schulklassen sollte erreicht werden.

Resonanz: 228 von mehr als 4000 Einsendern wählten diese Aufgabe.

- 1995: 3. Oktober 1995 – Fünf Jahre Deutsche Einheit

Mit der staatlichen Vereinigung vom 3. Oktober 1990 haben die Menschen Hoffnungen, aber auch Ängste verbunden. Nach fünf Jahren sollte die Situation von 1990 mit der fünf Jahre später verglichen und bewertet werden.

Resonanz: Mit 591 Einsendungen (von ca. 3.500) nahm diese Aufgabe den 3. Rang in der Beliebtheitsskala des Jahres ein. Insgesamt kamen aus den neuen Bundesländern etwas weniger als die Hälfte aller Einsendungen.

Zielgruppe: Schulklassen aller Schularten der Jahrgangsstufen 6-11

Kooperationspartner: Lehrerinnen und Lehrer aus allen Schulbereichen, seit 1990 etwa zu einem Viertel Lehrerinnen und Lehrer aus den neuen Bundesländern

*B) Medienarbeit**Filme*

Gleich nach der Wende wurde eine Vielzahl von Neuproduktionen zum Themenkreis „Überwindung der DDR-Diktatur“ sowie zu Geschichte und Folgen der Einigung in den Verleih gebracht.

- Wenn die Stummen schreien (1990)
Ein Beitrag über den Schießbefehl der DDR.
- Wer soll denn hier was ändern, wenn nicht wir?
- Bestandsaufnahme
In dem dreiteiligen Film geht es um die Themen Gesundheit, Bildung und Wirtschaft in Deutschland.
- Denn wer kämpft für das Recht
Justiz- und Häftlingsfragen werden thematisiert.
- Ende der Bevormundung (1990)
Eine Reportage über die Funktion der DDR-Massenmedien als Transmissionsriemen der DDR-Politik und über staatliche Zensur.
- Lebensläufe (1990)
Drei Lebensläufe, die bereits zu DDR-Zeiten filmisch dokumentiert worden waren, sind über die Wendezeit hinaus aufgezeichnet worden. Die dreiteilige Filmproduktion wurde gemeinsam mit dem DDR-Regisseur Jung in Gang gesetzt.
- Fremde deutsche Jugend (Videoproduktion, 1991)
Interviews mit Jugendlichen in den neuen Bundesländern über ihre Vergangenheit und ihre Zukunftserwartungen nach der Wiedervereinigung.
- Wer soll denn hier etwas ändern, wenn nicht wir? (1991)
Interviews mit Jugendlichen in den neuen Bundesländern über ihre Erfahrungen mit den Veränderungen in ihrem Lebensalltag unter demokratischen Vorzeichen.
- Chronik der Einheit (1991)
Geschichte der friedlichen Revolution 1989.
- Bestandsaufnahme Deutschlands – Be(f)reit zum Risiko (1991)
Eine Dokumentation über die Angleichung der wirtschaftlicher Lebensverhältnisse beim Zusammenwachsen der alten und neuen Bundesländer.
- Bestandsaufnahme Deutschlands – Patient Gesundheitssystem (1991)
Eine Dokumentation zum Übergang des staatlichen Gesundheitssystems der DDR in die Struktur der Gesundheitsdienste der alten Bundesländer.

- Bestandsaufnahme Deutschlands – von Karl-Marx-Stadt nach Chemnitz (1991)
Eine Reportage über den Wandel im Bildungswesen und die Demokratisierung des Schulbetriebs.
- Lernen für die Demokratie – ein Lehrer aus Vorpommern zwischen den Zeiten (1991)
Bericht über einen Lehrer und seine Erfahrungen in der Wendezeit.
- Denn wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht (1992)
In drei Teilen wird das stalinistische Erbe der DDR-Justiz behandelt. Reportagen von Schauprozessen mit Hilde Benjamin zeigen das System der Disziplinierung der Bevölkerung durch einen von der SED gesteuerten Justizapparat.
- Stilles Land (1992)
Der Spielfilm der HFF „Konrad Wolf“ Babelsberg schildert die gesellschaftlichen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf eine Theatergruppe in der DDR-Provinz nach dem Mauerfall.
- Die Angst und die Macht – die Tribüne (1992)
Systemvergleichende Analyse der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur in der Dramaturgie von Masseninszenierungen.
Kooperationspartner: Regisseure der ehemaligen DEFA.
Zeitzeuge war Konrad Weiß
- Die Angst und die Macht – von Feinden umringt (1992)
Totalitäre Systeme werden in vergleichender Analyse paramilitärischer Massenorganisationen des NS und des Kommunismus in der UdSSR und der DDR untersucht.
Kooperationspartner: Regisseure der ehemaligen DEFA.
Zeitzeuge war Konrad Weiß
- Die Angst und die Macht – gleiche Kappen, gleiche Brüder (1992)
Der Film fragt nach der Rolle der Kunst in totalitären Systemen.
Kooperationspartner: Regisseure der ehemaligen DEFA.
Zeitzeuge war Konrad Weiß

Zielgruppen allgemein: alle Bildstellen, die Medien für die schulische und außerschulische Nutzung bereitstellen

Kooperationspartner allgemein: zunächst Produktionsfirmen der alten Bundesländer, später vermehrt ehemalige DDR-Filmemacher

Datenbank zu den Sendungen des DFF

Gemeinsam mit dem Deutschen Rundfunk Archiv in Berlin baut die Bundeszentrale eine Datenbank zu den Sendungen des Deutschen Fernsehens auf. Dafür werden die vom Gesamtdeutschen Institut gesammelten Dokumentarfilmsendungen des DDR-Fernsehens ausgewertet und die Inhalte (bisher

mehr als 4.700 Sendungen) auf Datenträger abgespeichert. Sie sollen der Medienforschung zugänglich gemacht werden.

C) Seminare/Tagungen/Fortbildung

Themenschwerpunkte der kontinuierlichen Seminararbeit der Bundeszentrale seit 1990 sind:

- Erwartungen, Erfahrungen und neue Aufgaben im vereinigten Deutschland
- Deutsche Geschichte auf dem Prüfstand: Diktaturerfahrungen und streitbare Demokratie
- Der Widerstand im Nationalsozialismus in der deutschen Geschichtsschreibung: Vergleich der Historiographie in den beiden deutschen Staaten bis 1989/90
- Tendenzen der Romantisierung des SED-Regimes. Mythen- und Legendenbildung über die DDR
- Extremismus und Gewalt gegenüber Minderheiten
- Nationalsozialismus und SED-Diktatur: Vergleichen ohne gleichzusetzen
- Die Situation der Opfer des SED-Regimes: Ohnmacht und Protest. Probleme der rechtsstaatlichen Wiedergutmachung
- Deutschland in Europa: Zwischen innenpolitischem Wandel und außenpolitischen Aufgaben
- Deutschland und seine östlichen Nachbarn
- Rechtsbegriff und Rechtskultur in den postkommunistischen Staaten
- Erfahrungen aus zwei Diktaturen in Deutschland und unsere politische Verantwortung im demokratischen Rechtsstaat heute

Zielgruppen: Multiplikatoren in den neuen und alten Bundesländern, Erwachsenenbildner in den neuen und alten Bundesländern, Lehrerinnen und Lehrer, politisch Interessierte, Meinungsführer

Kooperationspartner: Schul- und Oberschulämter in den alten und neuen Bundesländern, Institut für Deutschlandforschung, Landeszentralen für politische Bildung, Aktion Gemeinsinn, Universitäten und Nachrichtenagenturen u. a.

Resonanz: Das Interesse an historischen Hintergrundinformationen, Gesprächen mit Zeitzeugen zum Thema „Erfahrungen aus zwei Diktaturen in Deutschland“ so-wie am Themenfeld „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ ist nach wie vor groß.

Begegnungsseminare

Begegnungsseminare dienen dem Ziel, einander besser kennenzulernen und Vorurteile abzubauen. Aus der Vielzahl der Veranstaltungen werden nach Themen- und Zielgruppenschwerpunkten beispielhafte Seminare genannt:

- Seminare mit Multiplikatoren aus dem Bereich der Polizei der neuen Länder (seit 1990 jährlich etwa 10 Seminare)

Die Polizei in den neuen Bundesländern stand nach der Wende vor ganz besonderen Herausforderungen. Zur Förderung eines neuen Selbstverständnisses der Polizei im demokratischen Rechtsstaat mußten Basisinformationen über das politische, föderale, wirtschaftliche, soziale und rechtsstaatliche System der Bundesrepublik Deutschland vermittelt werden. Daneben galt es, durch persönliche Begegnungen Vorurteile abzubauen und den Erfahrungsaustausch anzuregen

Zielgruppe: Kommandeure, Ausbildungsleiter, Staatsrechtslehrer, Leiter/ Dozenten von Polizeischulen; Jugendbeauftragte der Polizei aus Ost und West

Kooperationspartner: Gauck-Behörde, Landeszentralen für politische Bildung in den neuen Bundesländern, Polizeischulen der westlichen Partnerländer, Historiker und Sozialwissenschaftler, Deutsches Jugendinstitut

- Seminare mit Multiplikatoren aus dem Bereich der Bundeswehr (seit 1990 jährlich etwa 20 Seminare)

Nach der Übernahme von Offizieren und Unteroffizieren der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr bestand großer Bedarf an Informationen über die Funktionsweisen des demokratischen Rechtsstaates sowie die Notwendigkeit der politischen Standortklärung angesichts der veränderten internationalen Lage. Ein wesentlicher Aspekt dieser Veranstaltungen war darüberhinaus das Kennenlernen und der Erfahrungsaustausch von Offizieren aus den alten und den neuen Bundesländern.

Zielgruppe: ehemalige Offiziere und Unteroffiziere der NVA, die in die Bundeswehr übernommen wurden

Kooperationspartner: Bundeswehroffiziere, Historiker und Sozialwissenschaftler, Deutsches Jugendinstitut

- Seminare mit älteren Menschen zum Thema „Gemeinsinn“

Fünf Begegnungsseminare für Senioren aus den alten und den neuen Bundesländern haben stattgefunden. Es ging darum, die gegenseitigen Vorurteile abzubauen und über eine gemeinsame Lebensgestaltung im Ruhestand unter dem Gesichtspunkt der ehrenamtlichen Vermittlung von Erfahrungen und Erlebnissen an die jüngere Generation zu sprechen

Zielgruppe: Ältere Menschen, Mitarbeiter in Ehrenämtern

Kooperationspartner: Landeszentrale Mecklenburg-Vorpommern, Pfalzakademie Lamprecht

- Schülerbegegnungen

Unter dem programmatischen Titel „Schüler gestalten die Zukunft“ wird seit 1992 mit Schulklassen aus West- und Ostdeutschland in Seminaren der Versuch unternommen, durch das Kennenlernen persönlicher Lebensläufe dazu beizutragen, gegenseitige Vorurteile aufzuarbeiten und gemeinsames politisches Lernen zu ermöglichen. Inzwischen haben 32 dieser Begegnungen stattgefunden.

Zielgruppe: Schulklassen

Kooperationspartner: HVHS Haus Neuland, Bielefeld

Resonanz: bei den meisten sehr positiv

- „Bildungspolitischer Kongreß“ (1991 in Schwerin)

Ziel des Ersten Bildungspolitischen Kongresses für politische Bildner aus West- und Ostdeutschland war die gemeinsame Entwicklung von Perspektiven für eine konzertierte politische Bildungsarbeit in Deutschland.

Zielgruppe: Multiplikatoren

Resonanz: Sehr gut, viele neue Kontakte konnten geknüpft werden.

- „Bildungspolitischer Kongreß“ (1993 in Warenmüritz)

Themenorientiert (Ökologie, Ostseeraum) wurden Modelle politischer Bildungsarbeit diskutiert und Projektplanungen unternommen.

Zielgruppe: Multiplikatoren

Kooperationspartner: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

- „Politische Bildung im gesellschaftlichen Umbruch seit 1989 in Deutschland“ (1994 in Berlin)

Zwischenbilanz wurde gezogen, Schwierigkeiten bei Planung und Durchführung von Tagungen benannt. Wichtig war der Austausch über Erwartungen von Seminarteilnehmern an politische Bildung sowie über verschiedene didaktische Methoden

Zielgruppe: Multiplikatoren

Kooperationspartner: Landeszentrale für politische Bildung Berlin

- „Bilanz und Auftrag der politischen Bildung in den fünf neuen Ländern und Berlin“ (1996 in Berlin)

Die bisherige Arbeit und ihre Schwierigkeiten wurden diskutiert und Empfehlungen für die weitere Arbeit wurden entwickelt.

Teilnehmer: Wissenschaftlicher Beirat der Bundeszentrale, Leiter der Landeszentralen der neuen Länder, Träger der politischen Bildung in den neuen Bundesländern

Resonanz/Akzeptanz der Begegnungsseminare insgesamt: In den ersten Jahren nach der Wende war das Interesse an diesen Veranstaltungen sehr groß. Inzwischen steht weniger der Begegnungsaspekt als das gemeinsame Erarbeiten von Themenfeldern mit aktuellen politischen Bezügen im Mittelpunkt des Interesses.

Modell- und Schwerpunktveranstaltungen

- „Verfassungsdiskussion und Verfassungsentwicklung im vereinten Deutschland“ (1992)

Anregungen aus den neuen Ländern bei den Diskussionen der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zur Änderung des Grundgesetzes – „Runder Tisch“, Kuratoriumsentwurf, Länderverfassungen – wurden diskutiert.

Kooperationspartner: Zeitzeugen

- „Verfassungsreform- und Partizipationsmöglichkeiten in der Parteiendemokratie“ (Juni 1994)

Verfassungserfahrungen in Deutschland nach 1945, sowohl in der SBZ/DDR wie auch in der Bundesrepublik, und Fragen der politischen Kultur im großer gewordenen Deutschland standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Kooperationspartner: Zeitzeugen aus den alten und neuen Bundesländern (u. a. Bürgerrechtler)

- „Gewaltbereitschaft und Gewaltverhalten Jugendlicher im vereinten Deutschland“ (1992/93)

Erscheinungsformen von Jugendgewalt und die soziale Situation Jugendlicher in den alten und neuen Bundesländern wurden diskutiert.

Kooperationspartner: Wissenschaftler und Praktiker aus den alten und neuen Bundesländern

- „Aufarbeitung der Vergangenheit – Eine Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Einheit“ (Nov. 1995)

In Anknüpfung an die Arbeit der Enquete-Kommission wurden Formen und Möglichkeiten oppositionellen Handelns, Probleme der politischen und moralischen Verantwortung, die Bedeutung des „Antifaschismus“ für die Legitimierung der DDR sowie Aspekte der juristischen Aufarbeitung von DDR-Unrecht thematisiert. Behandelt wurde zudem die Vergangenheitsaufarbeitung in Polen und der Tschechischen Republik.

Kooperationspartner: Bürgerrechtler

Zielgruppen: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Akademien, Bildungsstätten, Volkshochschulen, von Landes- und Bezirksregierungen, Tätige im Sozial- und Jugendbereich, Dozenten der freien Träger, der politischen Stiftungen und der Landeszentralen

- „Erinnern – Gedenken – Aufarbeiten“ Widerstand und Verfolgung in der SBZ/DDR nach Ende des 2. Weltkrieges bis 1989 (1995 in Halle) sowie
- „Wissenschaft und Macht“ – Die Sowjetisierung von Wissenschaftsinstitutionen, Wissenschaftsdisziplinen und Wissenschaftskonzepten seit der Oktoberrevolution 1919 (1996 in Halle)

In beiden Veranstaltungen ging es darum, die historischen Entwicklungen kommunistischer Machtdurchsetzung aus deutscher und internationaler Sicht darzustellen gemeinsam mit Zeitzeugen und Wissenschaftlern der betroffenen Staaten Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion

Zielgruppen: Zeitzeugen, Wissenschaftler aus USA, den GUS-Staaten, ehemaligen Ostblock-Staaten, Vertreter aus Akademie der Wissenschaften Moskau und St. Petersburg, Militäranwälte aus Rußland, Vertreter russischer Archive, die themenspezifische Unterlagen verwalten.

- „Ausstellungsobjekt DDR: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SBZ/ DDR in deutschen Museen und Gedenkstätten“ (November 1996)

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurden neben Fragen der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und ihrer Vermittlung die Möglichkeiten eines längerfristigen Meinungs- und Kooperationsforums für die Gedenkstätten in den neuen Bundesländern erörtert.

Zielgruppen: Einrichtungen, die sich mit Fragen der DDR-Geschichte und ihrer Aufarbeitung befassen

Kooperationspartnerin: Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen

- „Aufgaben der Beschäftigungsgesellschaften im Spannungsfeld konkurrierender Ziele“ (1995) sowie
- „2. Altenburger Gespräche zur Arbeitsmarktpolitik“ (1996)

In dieser Veranstaltungsreihe geht es um die Zusammenhänge von Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik. Analysen und Bewertungen der Beschäftigungspolitik erfolgen aus der Sicht der Wirtschaftsverbände, der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der regionalen Wirtschafts- und Handwerksverbände sowie der politischen Parteien.

Zielgruppen: Vertreter der Verbände, Parteien und staatlicher Einrichtungen für den Arbeitsmarkt, Multiplikatoren

Kooperationspartnerin: Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Frankfurt/ Main

- Mediatorenfortbildungsseminare (seit 1990)

Die Seminare dienen der Entwicklung und Erprobung multimedialer Ansätze in der Bildungsarbeit. Themen sind Fremdenfeindlichkeit, Umweltprobleme im Fernsehprogramm, Gewalt in der Gesellschaft, journalistische Berufswelt etc.

Zielgruppe: Multiplikatoren

Referenten: Fachleute aus den alten und neuen Bundesländern

- „Pädagogen tagung“ anlässlich der 42. Internationalen Kurzfilmtage „DDR-Dokumentarfilm/Wochenschau“

Anlässlich der 42. Internationalen Kurzfilmtage in Oberhausen im April 1996 wurde die Tagung zum Thema „Umgang mit dem DDR-Dokumentarfilm heute in der politischen Bildungsarbeit“ durchgeführt. Gespräche zwischen Regisseuren, Wissenschaftlern und Multiplikatoren haben stattgefunden, wo u. a. anhand von Filmbeispielen erörtert wurde, wie durch kritische Reflexion des Dokumentarfilms/ der Wochenschau in der DDR die Aufarbeitung eines Teils der deutschen Kulturgeschichte gefördert werden kann.

- Pilotseminar über „Historische Leit- und Feindbilder in Fernsehen der DDR“ (Nov. 1996 in Potsdam)

Anhand von Filmen der DEFA und des DDR-Fernsehens wurde der Frage nachgegangen, inwieweit vor dem Hintergrund der besonderen propagandistischen Möglichkeiten der AV-Medien historische Leit- und Feindbilder mit dem Ziel der historischen Legitimierung der DDR vermittelt wurden und ob dies gelang. Daneben wurde die methodische Frage nach der Nutzung von AV-Medien als Quellen der Zeitgeschichte und der politischen Bildung erörtert.

Kooperationspartner: Zentrum für Zeithistorische Studien, Potsdam

Fortbildungsseminare für Fernseh- und Hörfunkjournalisten

- Forum 1945 (1994 in Torgau)

Das Seminar setzte thematische Schwerpunkte bei den Fragen nach Tätern und Opfern in den Torgauer Haftstätten, der Situation der Juden in Sachsen 1945 sowie der sowjetischen Kulturarbeit in der SBZ 1945. Die Vertreibung der Sudetendeutschen aus Nordböhmen nach Sachsen wurde sowohl von einer sächsischen wie einer tschechischen Historikerin behandelt.

Zielgruppe: Hörfunkjournalisten aus Ost- und Westdeutschland:

Referenten: Hörfunkexperten, die in historischer Dokumentation ausgewiesen sind, Historiker und Zeitzeugen

- „Über Recht berichten“ (1996 in Karlsruhe)

Wesentliche Fragestellungen des Seminars bildeten die Themen „DDR-Kriminalität in der Rechtsprechung des BGH in Strafsachen“ sowie „Die Rechtsprechung zu DDR-Regierungskriminalität und ‚Mauerschützen‘“.

Zielgruppe: Hörfunkjournalisten aus den Redaktionen Politik, Aktuelles, Hintergrund und Nachrichten

Referenten: Juristen

Resonanz: Die Diskussionen zwischen ost- und westdeutschen Teilnehmern auf dieser Veranstaltung verliefen z.T. äußerst kontrovers.

- „Leit- und Feindbilder vor und nach 1945 in Film und Fernsehen“ (November 1996)

Das Seminar behandelte auf der Grundlage von Film- und Fernsehauschnitten die Frage nach Leit- und Feindbildern in den DDR-Medien

Zielgruppe: Historiker, Filmschaffende

Kooperationspartner: Zentrum für Zeithistorische Studien, Potsdam

- Thema Fernsehen: „Das Profil der Dritten. Die acht öffentlich-rechtlichen Regionalprogramme im Wettbewerb des dualen Systems“. (1996)

Die Fachkonferenz befaßte sich u. a. mit den unterschiedlichen Medienmentalitäten in Ost und West und deren Ursachen. Darüber hinaus wurde un-

tersucht, wie durch die regionalen dritten Programme zur Überwindung der Teilungsfolgen und zum Aufbau von regionaler Identität beigetragen werden kann.

Zielgruppe: Fernsehschaffende, Medienpädagogen, Vertreter der Programmpresse und Programmkritik

Kooperationspartner: Sender Freies Berlin

Journalisten-Programm

- Ein Soforthilfe-Paket für DDR-Lokalredakteure (März 1990)
An 500 Redaktionen und Journalisten wurden Materialien der Bundeszentrale verschickt Handbuch für Lokaljournalisten (Lose-Blatt-Sammlung), Materialien für Lokaljournalisten, Pressedienst Drehscheibe, „a, b, c für Volontärsausbilder“, ergänzt durch PZ, Informationen zur politischen Bildung und Schriftenreihe-Bände.
- Dialogseminare: „Neue Nachbarn – bekannt oder fremd?“ (März 1990 in Recklinghausen und Dortmund)
In diesen Seminaren ging es um die Themen Pressefreiheit und Journalismus in den Bundesrepublik und der DDR, die Berichterstattung über Übersiedler, Schüleraustausch und Städtepartnerschaften. Modellhaft wurde eine Ost-West-Zeitung für Europa erarbeitet.

Zielgruppe: Redakteure von Tageszeitungen in Ostdeutschland

- Dialogseminar: „Wir sind die Zeitung – total lokal – deutsch-deutscher Dialog“ (September 1990 in Wiesbaden)
In diesem Seminar ging es um die Herausforderungen und Chancen, die der Lokaljournalismus bietet, sowie um die Frage, inwieweit es Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Ansprüchen an die eigene Arbeit gibt.

Zielgruppe: Redakteure von Tageszeitungen aus Ost- und Westdeutschland

- „Forum Lokaljournalismus“ (Januar 1995)
Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Kriegsendes wurde die Frage diskutiert, wie Journalisten Geschichtsthemen in der Lokalzeitung bearbeiten können.

Zielgruppe: Redakteure von Tageszeitungen aus Ost- und Westdeutschland

Referenten/ Kooperationspartner: Zeitzeugen wie H. Pettrick und M. Birthler

- „Forum Lokaljournalismus“ (Januar 1996 in Schmochwitz/ Bautzen)
Das Thema der Veranstaltung, die erstmals in den neuen Bundesländern stattfand, lautete: „Voneinander lernen – Journalismus in Ost und West“.

Zielgruppe: Redakteure von Tageszeitungen aus Ost- und Westdeutschland

Referenten: Jürgen Richter, Vorstandsvorsitzender des Springer Verlags, Hans-Joachim Maaz, Psychologe aus Halle, und die freie Journalistin Regine Sylvester aus Berlin

- Journalisten-Workshop „Neuanfang – Die Jahre 1946 bis 1949“ (April 1996, Bonn)

Eine wichtige Frage dieses Seminars, in dem es im wesentlichen um die Jahre 1946-49 in der SBZ ging, war, inwieweit die Beschäftigung mit der Nachkriegszeit zu demokratischem Bewußtsein beitragen kann

Zielgruppe: Ausgewählte Lokalredakteure ost- und westdeutscher Tageszeitungen

Referenten: Historiker und Leiter von Lokalredaktionen

Resonanz: Insbesondere die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen waren sehr an diesem Thema interessiert

- Seminare für Lokaljournalisten in den neuen Ländern

Regelmäßig veranstaltet die Bundeszentrale Fortbildungsseminare für Lokaljournalisten. Die Seminare, deren Themen u. a. lauteten „Umbruch – Der neue Lokalteil“, „Recherche – Ein Training für Lokaljournalisten“, „Alte Bevormundung – neue Abhängigkeit – Wege zu einem selbstbewußten Lokalismus“, konnten gerade für ostdeutsche Journalisten wichtige Informations- und Orientierungshilfen in der veränderten politischen Lage geben. Sie waren zudem ein Forum für den praktischen Erfahrungsaustausch mit anderen Lokaljournalisten und zum Einüben ihrer neuen Rolle als Mittler im Meinungsbildungsprozeß.

Kooperationspartner: „Initiative Tageszeitung“, eine Vereinigung von Chefredakteuren, Verlegern und Redakteuren von Tageszeitungen.

Resonanz: sehr gut

- „Medienkongreß“ (1993 in Magdeburg)

Fragen von Pressefreiheit und journalistischer Verantwortung im vereinten Deutschland standen im Zentrum dieses Kongresses, der erstmals in den neuen Bundesländern stattfand. Zudem ging es um die Frage, wie die Journalisten dem Anspruch, „eine Brücke in die Wirklichkeit“ zu schaffen, gerecht werden können.

Zielgruppe: Politiker und Journalisten, Chefredakteure, Ressortleiter Politik und Verlagsmanager aus Ost- und Westdeutschland

Kooperationspartner: „Initiative Tageszeitung“

Lehrerfortbildung

- „Weiterbildung für Sozialkunde- und Politiklehrer weiterführender Schulen in den neuen Bundesländern“

Seit 1991 werden 4- bis 6-semesterige Lehrerfortbildungskurse für Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Politik und Sozialkunde in den neuen Bundesländern veranstaltet. Das Fernstudium mit Präsenzzeiten wird mit dem Staatsexamen beendet. Die Ausbildungsinhalte richten sich nach den Lehrplänen der Kultusministerien.

Zielgruppe: Interessierte Lehrerinnen und Lehrer, die zumeist bisher die Fächer fachfremd unterrichten

Kooperationspartner: Deutsches Institut für Fernstudien in Tübingen sowie Universität Potsdam, Kultusministerien der neuen Bundesländer

Dozenten: Universitätslehrbeauftragte

Resonanz: bei den Lehrerinnen und Lehrern durchweg positiv, bei den Dozenten herrschte der Eindruck vor, daß das freiheitlich-demokratische Bewußtsein noch nicht überall ausreichend ausgeprägt ist.

- „Weiterqualifizierung von Grund- und Hauptschullehrern“

Ein Modellprojekt zur Weiterqualifizierung von Grund- und Hauptschullehrern für das Fach Sozialkunde an Berufsschulen in Mecklenburg-Vorpommern wird seit 1996 von der Bundeszentrale unterstützt (3 Jahre Fernstudium, Abschluß: Staatsexamen), Besonderer Wert wird bei den Lehrinhalten auf DDR-Geschichte sowie Medien- und Landeskunde gelegt. Bisher konnten 103 Lehrerinnen und Lehrer an diesen Kursen teilnehmen.

Zielgruppe: Haupt- und Grundschullehrer

Kooperationspartner: Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern, Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen, Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung, Landeszentrale für politische Bildung

- „Lehrertrainingsseminare in den neuen Bundesländern“ (1991-1992)
Das computergestützte Planspiel „Kommstedt – Parlamentarische Demokratie“ wurde in speziellen Seminaren hinsichtlich Inhalten und Einsetzbarkeit im Unterricht erläutert.

Zielgruppe: Lehrerinnen und Lehrer in den neuen Bundesländern

- „Lehrerfortbildungsveranstaltungen zum Umgang mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“
Jugendliche Gewaltbereitschaft stand im Mittelpunkt dieser Veranstaltungsreihe.

Zielgruppe: Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer

Kooperationspartner: Landesinstitut Mecklenburg-Vorpommern für Schule und Ausbildung sowie Schulbehörde Hamburg (seit 1994)

- Seminarreihe „Parlamentarismus und Grundrechte als Thema des historisch-politischen Unterrichts“ (1993/94)

Zielgruppe: Geschichts- und Politiklehrerinnen und -lehrer

- Projekt „Perspektivität im Prozeß des historischen Lernens“ (1993-95)

Zielgruppe: Geschichts- und Politiklehrerinnen und -lehrer in den neuen Bundesländern

Israel-Studienreisen

Die Israel-Studienreisen zeigen, daß vorhandene Klischees und Vorurteile, die durch den jahrelang in der DDR propagierten Anti-Zionismus gewachsen sind, aufgeweicht werden können und selten zu einer erheblich differenzierten Sichtweise gegenüber dem Staat Israel führen. Die Reisen leisten zudem einen nicht unerheblichen Beitrag zur gesamtdeutschen Integration seit ab 1990 Multiplikatoren aus den alten wie den neuen Bundesländern sich gemeinsamen der jüngeren deutschen Geschichte stellen. Seit 1992 werden gerade auch aufgrund der großen Nachfrage aus den neuen Bundesländern zwischen acht und elf Reisen pro Jahr veranstaltet.

- **Spezialreise für Kommunalpolitiker (Herbst 1992)**

Erstmals wurden bei dieser Reise mehrheitlich Personen aus den neuen Bundesländern berücksichtigt. Aufgrund der großen Resonanz auf dieses Projekt wurden zeitlich parallel zwei Reisen durchgeführt, an denen insgesamt 99 Kommunalpolitiker, davon 79 aus den neuen Bundesländern, teilnahmen.

- **Spezialreise „Gemeinsame Geschichte. Begegnungsseminar für Senioren in Israel“ (1996)**

Teilnehmer waren Multiplikatoren aus Ost und West, die bereits im (Vor-)Ruhestand waren, sich aber nach wie vor in Parteien, Verbänden und Vereinen engagieren. Es handelte sich vornehmlich um Politik- und Sozialwissenschaftler, die aufgrund ihrer politischen Position in der DDR nach der Wiedervereinigung „abgewickelt“ worden waren. Sie hatten gemeinsam mit den westdeutschen Teilnehmern in Israel die Gelegenheit zur Auseinandersetzung mit der gemeinsamen deutsch-jüdischen Geschichte. Viele Teilnehmer aus den neuen Bundesländern hatten erstmals die Gelegenheit, sich mit dem Thema Israel jenseits des jahrzehntelang propagierten Antizionismus der DDR auseinanderzusetzen.

Kooperationspartner: Journalisten, politische Bildner etc. aus Deutschland und Israel

Resonanz: sehr positiv

D) Förderung von freien Trägern

Seit 1990 unterstützt die Bundeszentrale mit umfassender finanzieller Förderung Seminare und Tagungen von Freien Trägern der politischen Bildung in den fünf neuen Bundesländern, die ohne diesen Zuschuß die Teilnehmerzahlen sowie das Spektrum ihres Angebotes reduzieren müßten. Seit 1992 wurden ca. 13.400 Bildungsveranstaltungen, an denen etwa 340.000 Bürger aus den fünf neuen Bundesländern teilnahmen, mit annähernd 24 Mio. DM gefördert.

II. Geplante Projekte

A) Printmedien

„Themenhefte zur deutschen Zeitgeschichte“

Fragen der deutschen Zeitgeschichte, insbesondere der Geschichte der DDR, sollen in dieser neuen Reihe in einer Mischung aus knappen Texten, Zeitzeugenberichten und Illustrationen für breite Nutzergruppen behandelt werden. Die Themenpalette umfaßt u. a. die Formierung des Parteiensystems in der SBZ/ DDR 1945 – 1952, Recht und Justiz im SED-Staat, und die friedliche Revolution von 1989/90. Darüber hinaus sind Themenhefte zu Schule und Erziehung in der DDR, zum Wirtschaftssystem, Umweltproblematik, Staatssicherheit und Kirchen in der DDR sowie oppositionelles und widerständiges Verhalten in der DDR in Aussicht gestellt. Bis Mitte 1997 sollen die ersten Hefte vorliegen.

Zielgruppe: Lehrer, Schüler, interessierte Bürger

Kooperationspartner: Historiker, Politologen aus den alten und neuen Bundesländern

„Aus Politik und Zeitgeschichte“ – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“

Auch weiterhin wird neben der regelmäßigen Behandlung innerdeutscher Themen jedes Jahr eine Bilanzierung des Vereinigungsprozesses vorgelegt werden. Dabei werden wie bisher Autoren aus West- und Ostdeutschland zu Worte kommen und unterschiedliche Positionen präsentiert werden.

Schriftenreihe

In naher Zukunft stehen die folgenden Eigenpublikationen oder Lizenzausgaben zur Veröffentlichung an:

- Neubert, E., Widerspruch, Widerstand und politische Opposition in der SBZ/DDR. 1945 bis 1990
Es wird sich um ein Kompendium der oppositionellen Strömungen handeln, das unter Nutzung jetzt zugänglicher Materialien und Dokumente einen umfassenden Gesamtüberblick vermittelt.
- Thränhart, D./ Wolle, S., Deutsche Geschichte 1970 bis 1990
Hiermit werden die Veröffentlichungen in der Schriftenreihe zur deutschen Geschichte abgeschlossen. Die Publikation behandelt die Geschichte der beiden deutschen Staaten und reflektiert die Entwicklung aus gesamtdeutscher Perspektive.
- Glaser, H., Deutsche Kultur 1945-2000; (Lizenzausgabe)

Es wird mit dieser Publikation eine simultane Rekonstruktion der Kulturentwicklung im Osten und Westen Deutschlands unter Berücksichtigung der gegensätzlichen kulturpolitischen Rahmenbedingungen versucht.

- Wilke, M. (Hrsg.), Geschichte der DDR (Lizenzausgabe)

Das von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung geplante Projekt wird die aus der Rückschau relevanten Themen und Fragen auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes behandeln.

„Arbeitshilfen für die politische Bildung“

- „Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland nach 1945 - Materialien zum Umgang der alten Bundesrepublik und der DDR mit der Erbschaft des Nationalsozialismus“ (Arbeitstitel)

Die Arbeitshilfen sollen zu einer historisch-kritischen Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe beitragen. Thematisch geht es um die Entnazifizierungspolitik der Besatzungsmächte, den verordneten Antifaschismus in der DDR, den Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland bis 1989 und die Entwicklung nach der Wende. Zu jedem Themenblock sind methodisch-didaktische Hinweise und Anregungen zur Aufbereitung des Materials für verschiedene Lehrsituationen vorgesehen.

Kooperationspartner: Gesellschaft für Interdisziplinäre Praxis e.V., ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Fachgebieten, Autoren aus den alten und den neuen Bundesländern.

- „Basiswissen für die politische Bildung im vereinigten Deutschland“

Diese Arbeitshilfen, die kurz vor ihrer Veröffentlichung stehen, sind speziell als Seminarmaterialien für die neuen Bundesländer konzipiert. Es wurden Arbeitsunterlagen entwickelt, die zwar auf die langjährigen Erfahrungen mit der politisch-sozialen Bildungsarbeit in den alten Bundesländern zurückgreifen, jedoch den Lebens- und Erfahrungshintergrund der Menschen in der ehemaligen DDR einbeziehen. Vier thematische Seminareinheiten zu zentralen gesellschaftlichen Fragestellungen wie der Ordnung des Staates, der Wirtschaft und Gesellschaft und der sozialen Frage im Wandel werden vorgestellt. Vergleichende Rückblicke auf Staat und Gesellschaft in der ehemaligen DDR fließen mit ein.

Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft der Sozialen Seminare in der Bundesrepublik Deutschland (Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in katholischer Trägerschaft) und Vertreter ostdeutscher Bildungseinrichtungen

Gedenkstättendokumentation

- Dokumentation der Gedenkstätten für NS-Opfer

Die Dokumentation über die Gedenkstätten für NS-Opfer in den neuen Bundesländern und Berlin wird die im Dezember 1995 erschienene Neufassung der Dokumentation über Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus der (alten) Bundesrepublik ergänzen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele Gedenkstätten, sowohl die großen früheren „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“, aber auch die kleineren Stätten, sich seit der Wende nicht nur mit dem Gedenken an die NS-Zeit, sondern auch mit der Erinnerung an die Opfer der Verfolgung nach 1945 auseinandersetzen müssen.

Die Dokumentation wird zum einen einen Überblick über solche Gedenkstätten geben, die an authentischen Orten mit überregionaler Bedeutung – z. B. auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager oder deren Außenlager, in ehemaligen Gefängnissen und Folterstätten von SS oder SA – errichtet worden sind und mit Ausstellungen und Dokumentationsmaterialien sachlich aufklären. Neben der aktuellen Situation dieser Gedenkstätten werden ihre Entstehung und Entwicklung in der DDR dokumentiert, ihre Besonderheiten als Orte antifaschistischer Arbeit im Sinne der SED skizziert und Probleme einer konzeptionellen Neugestaltung seit der Wende dargestellt. Genannt werden zudem die Stätten, an denen zu DDR-Zeiten kein offizielles Gedenken stattgefunden hat, weil die Opfergruppen sich nicht durch den DDR-Antifaschismus ideologisch haben vereinnahmen lassen (wie die Opfer der Euthanasie-Verbrechen in Pirna-Sonnenstein oder die Opfer der NS-Militärjustiz in Torgau).

Zum anderen werden auch kleinere Gedenkstätten von lokaler oder regionaler Bedeutung wie Mahnmale und Gedenktafeln soweit wie möglich in die Dokumentation einbezogen. Allerdings sind bis heute viele dieser Gedenksteine bereits umgewidmet oder abgerissen worden.

Autorinnen: Expertinnen der Gedenkstättenarbeit in den neuen und den alten Bundesländern.

- Dokumentation der Gedenkstätten für Opfer der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR

Geplant ist ein Überblick über bereits bestehende, im Aufbau befindliche oder geplante Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer des kommunistischen Systems nach 1945, die Opfer der politischen Verfolgung durch die Sowjetische Geheimpolizei in der SBZ – eine bis zum Ende der SED-Diktatur tabuisierte Erinnerung –, sodann die Opfer der Willkürherrschaft der SED und ihrer Strafjustiz.

Kooperationspartner (geplant): Sekretariat der Enquete-Kommission

„Arbeitshefte Medienberatung“

Geplant ist als Heft 5 der Reihe eine Ausgabe zum Thema „Leit- und Feindbild in den DDR-Medien“

Arbeitshilfen „Historische Themen 1947-1949 für die Lokalzeitung“

Um den Journalisten in Ostdeutschland auch weiterhin effektive Unterstützung zukommen zu lassen, werden in Ergänzung zum Journalisten-Programm für politische Bildung ab 1997 Arbeitshilfen erscheinen, die insbesondere bei der Vermittlung eines demokratischen Geschichtsverständnisses Hilfestellung leisten wollen.

Schülerkalender

Geplant ist für 1997/8 ein Bericht über die Währungsreform 1949 in der SBZ und in den Westzonen.

B) Seminare/ Veranstaltungen/ Tagungen

- Kooperationstagungen u. a. zum Thema „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der inneren Einheit“

Die auch in den letzten Jahren durchgeführten Tagungen zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR werden weiter fortgeführt. Bei diesen Tagungen wird es insbesondere zu Kooperationen mit Opferverbänden, Vertretern der früheren DDR-Bürgerbewegungen und mit Gedenkstätten wie der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße kommen. Des weiteren ist eine Zusammenarbeit mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR geplant.

- Seminar zum Thema Literatur und Kultur

Für die nächsten Jahre ist die Fortsetzung der Seminarreihe über die Paradigmen gegenseitiger Wahrnehmung von Deutschen und ihren Nachbarn geplant. Für 1997 ist ein Seminar zur Wahrnehmung der östlichen Nachbarn geplant. Zielgruppe sind Lehrerinnen und Lehrer.

- Seminar zum Thema Recht

Das Seminar, das für 1997 in Berlin geplant ist, behandelt die Thematik Rechtsbewußtsein, Rechtseinheit und Nachwirkungen des DDR-Rechtssystems seit der deutschen Vereinigung. Schwerpunkte werden gesetzt bei der strafrechtlichen Aufarbeitung von DDR-Unrecht und der Vermögensproblematik

Zielgruppe: Fernseh- und Hörfunkjournalisten aus den neuen und alten Bundesländern

Kooperationspartner: Mitglieder der Enquete-Kommission und der „Gauck-Behörde“

- Bildungspolitischer Kongreß „Teilung und Einheit. Politische Bildung in Deutschland seit 1945“

Dieser Kongreß, der 1998 in Fulda stattfinden soll, wird mit den politischen Bildnern der staatlichen wie der freien politischen Bildung Rückschau halten sowie Perspektiven für die zukünftige Arbeit entwickeln.

Israel-Studienreisen

Geplant sind für 1997 zehn Israel-Studienreisen, an denen Multiplikatoren aus den neuen wie den alten Bundesländern teilnehmen werden. Zudem ist eine Spezialreise – ähnlich wie 1996 – geplant mit Multiplikatoren vornehmlich aus den neuen Bundesländern, wo es darum gehen soll, Klischees und Vorurteile gegenüber Israel zu überprüfen und abzubauen.

Zielgruppe: Multiplikatoren aus den alten und neuen Bundesländern
Kooperationspartner: Journalisten, Historiker in Israel

Datenbank zu den Sendungen des DFF

Vorgesehen ist die Abspeicherung von Daten der DDR-Nachrichtensendung ‚Aktuelle Kamera‘ vom 17.8.1983 bis 30.4.1991, die vom Gesamtdeutschen Institut komplett aufgezeichnet wurde.